



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 142.

Mittwoch den 21. Juni

1848.

## Pränumerations-Anzeige.

Die Pränumeration auf die Breslauer Zeitung findet, mit Ausnahme von Breslau, ausschließlich bei den Post-Anstalten des In- und Auslandes statt. In Breslau erfolgt sie in der Expedition, Herrenstrasse Nr. 20, oder in einer der bisherigen Commanditen, auf welche wir später noch besonders hinweisen werden. — Die stets wachsende Zahl der Abonnenten veranlaßt uns zu der Bitte, daß die Pränumerationen für das neue Quartal (Juli, August, September) auswärtig recht zeitig geschehen mögen, damit die Bestellungen aller Post-Anstalten noch vor dem ersten Juli hier eingehen und wir im Stande sind, auch die ersten Nummern vollständig zu liefern. — Die starke Auflage verschafft den Anzeigen, für welche pro Petit-Zeile oder deren Raum nur 1¼ Sgr. entrichtet wird, durch die Breslauer Zeitung die größte Verbreitung. — Der vierteljährliche Pränumerations-Preis ist am hiesigen Orte 1 Rtlr. 15 Sgr., auswärts 2 Rtlr. 7½ Sgr. Die Schlesische Chronik kostet allein 20 Sgr., in Verbindung mit der Zeitung 12½ Sgr.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.  
Heute erscheint der 27 — 30. (57 — 60.) Bogen des 2. Abonnements von 30 Bogen:

Berlin Bogen 33. Frankfurt Bogen 25. 26 und 27.

Mit der heutigen Lieferung ist das 2. Abonnement beendet. Auf das 3. Abonnement (Bogen 61 bis 90) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumerieren.

### K. Breslau, 20. Juni.

Mit dem Preußenhaß geht es, wie mit der Reaction. Er ist überall und nirgends, ein Kobold, welcher bald hier, bald dort unermüdlich neckend sich zeigt, aber nirgends sich mit Händen greifen und fassen läßt. Kaum darf man die Behauptung wagen, ihn leibhaftig gesehen zu haben, ohne als ein Gespensterseher verachtet zu werden. Ueberall wird außerhalb Preußens sein Dasein in Abrede gestellt, und doch ist seine Existenz ein Dogma für Preußen und ganze Bände voll von Freundschaftsversicherungen würden uns den Glauben daran nicht benehmen. Wir fühlen täglich die kleinen Schläge und prickelnden Stiche, welche man uns versetzt, und weil sie eben immer uns und nur uns treffen, so kommen wir denn doch zuletzt zu der Meinung, daß sie uns auch wirklich gelten. Dabei ist dieser übrigens schon Dutzenden alte Preußenhaß ein Proteus, welcher immer in veränderter Gestalt, niemals aber als er selbst auftritt. Als noch der alte Polizeidruck auf uns lastete, als es die höchste Loyalität war, nur Preußen, und zwar Preußen zu sein, aber ein Verbrechen, das preussische Volk durch eine geringe Beimischung von Deutschthum zu trüben, zu jener Zeit war es nur Liebe, reine Liebe zu uns und die Sehnsucht, uns nach Deutschland herüberzuziehen, uns an die Spitze der deutschen Entwicklung zu stellen, wenn man von gewissen Seiten her immerwährend auf Preußen seine Pfeile entsendete, herb tadelte, was freilich meist auch tadelnsworth war, was man aber anderwärts entweder wohlbedacht übersah, oder doch viel gelinder behandelte. War es ja doch immer nur die Regierung und niemals das preussische Volk, was man angeblich meinte. Dem Volke wollte man ja sogar zur Erlangung seiner Freiheit behülflich sein. Als aber die Revolution Preußen einen Riesensprung vorwärts schleuderte, als ein staatlicher Zustand sich in Aussicht stellte, welcher die freisinnigsten deutschen Verfassungen weit hinter sich ließ, als der König erklärte und das Volk jubelnd beistimmte, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen sollte, als der König — freilich in einer dem Mißverständnis nur zu sehr ausgelegten Form — gelobte, was man so lange von ihm gefordert hatte, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen: da hätte man erwarten sollen, alle Arme müßten weit sich öffnen, das so lange ersehnte Preußen, das verlorne und nun glücklich wiedergefundene Schooskind Deutschlands, aufzunehmen. Mit nichten! Ein Schrei des Unwillens durchflog fast ganz Deutschland. Aber es war freilich wieder nicht das Volk, es war der König, gegen welchen der Unwille sich richtete. Man war nur enttäuscht, weil er die Berliner hatte niederkartätschen lassen. Dieses Königs willen konnte und durfte Preußen nicht an der Spitze Deutschlands geduldet werden, und die lieben Berliner, an deren Schicksal man so warmen Antheil nahm, mußten sammt allen Preußen die Strafe dafür mit

büßen, daß sie waren niederkartätscht worden. Das preussische Volk durfte nicht an die Spitze der deutschen Bewegung treten, weil man die Person des gerade regierenden Königs nicht wollte.

Diesenjenigen freundlichen Leser, welche uns in unsern Erörterungen begleitet haben, werden wissen, daß wir ebenfalls eine preussische Hegemonie, in welcher Form es auch immer sei, niemals gewollt haben, aber wir wollten sie deshalb nicht, weil wir überhaupt keine Hegemonie wollten, sondern Deutschland so eng vereinigt zu sehen wünschten, daß jede Hegemonie eines einzelnen Staates unmöglich und unentbehrlich würde. Nicht Alle aber, welche damals so heftig gegen Preußen auftraten, thaten dies aus denselben Gründen, sie hätten ja sonst noch gegen manchen andern Staat dieselbe Sprache führen müssen. Es war und — es ist gefährlich, sich das zu verhehlen — eben der Preußenhaß, welcher diese sittliche Entrüstung wenigstens unbewußt nährte.

Wir könnten wohl noch eine ganze Reihe von Einzelheiten aufführen, welche Zeugniß geben von der Gehässigkeit, besonders der süddeutschen Staaten und theilweise auch von Sachsen gegen Preußen. Es würde uns aber nicht weiter führen, denn natürlich würde man jeder einzelnen Thatsache einen andern Grund unterlegen können und auch unterlegen. Wer aber auch nur flüchtig durch Süddeutschland gereist ist, wer auch nur oberflächlich die deutsche Presse verfolgt, in dem wird sich die Ueberzeugung festgesetzt haben, daß ein hoher Grad von Abneigung gegen Preußen in vielen Gegenden tief eingewurzelt ist.

Wir hatten nun freilich nicht geglaubt, daß auch in die deutsche National-Versammlung diese Gesinnung eindringen würde, wir hatten erwartet, daß die Männer, welche dort sitzen, sich über die Leidenschaften und Vorurtheile des Volkes erheben und mit politischem Scharfblick die Gefahren erkennen würden, welche aus Nährung und Erhöhung dieser Spannung fast unvermeidlich entspringen müssen, daß sie mit acht vaterländischem Sinn jede persönliche Empfindung, jede Privatleidenschaft freudig auf den Altar des gemeinsamen Vaterlandes niederlegen würden. Leider scheinen wir uns auch darin getäuscht zu haben. Zwar hat die große Majorität der Versammlung durchaus sich Preußen nicht feindlich gezeigt, aber leugnen läßt sich unmöglich, daß eine Fraktion — oder sind es nur einzelne Persönlichkeiten? — systematisch jeden Anlaß ergreift, um Preußen zu verächtigen, zu schwächen oder wohl gar in Konflikte mit dem übrigen Deutschland zu bringen. Wir wollen nicht behaupten, daß die Mainzer Angelegenheit, daß die bei Gelegenheit des Raveauschen Antrages vorgekommenen Anträge und Behauptungen lediglich aus dem Haß gegen Preußen hervorgegangen sind, aber des Eindruckes wird man sich nicht erwehren können, daß einzelne Reiter mit einem gewissen Wohlbehagen die Gelegenheit ergriffen,

der preussischen Regierung und dem preussischen Militär so viel Schlimmes wie möglich aufzubürden.

Ob die Verdächtigungen, welche Robert Blum gegen die preussische Regierung aussprach — Verdächtigungen müssen wir seine Behauptungen so lange nennen, bis sie den amtlichen Aktenstücken gegenüber erwiesen sind — von jeder gehässigen Beimischung frei waren, mögen die Leser der Berichte über diese Verhandlungen selbst beurtheilen; es läßt sich das eben nur herausfühlen, nicht logisch beweisen. Wir müssen gestehen, daß die lakonische Vertheidigung: „Blum ist ein Volksmann“ unsere Ueberzeugung nicht zu ändern vermocht hat. Wir halten es für traurig, wenn der schöne Titel eines Volksmannes so gemißbraucht wird, um den Träger desselben für derartige Angriffe unverantwortlich zu machen.

Wir haben oft genug Veranlassung gehabt, Maßregeln der preussischen Regierung seit den Revolutionstagen entschieden gegenüber zu treten, das aber nehmen wir keinen Anstand auszusprechen, daß sie grade in ihrem Verhalten zu Deutschland keinen hinreichenden Grund zu den maßlosen Verdächtigungen, welche man von gewisser Seite gegen sie erhebt, und zu dem grenzenlosen Mißtrauen Anlaß gegeben hat, wie man es so geschäftig anzuschüren sucht. Wir haben eben so entschieden das hier und da im preussischen Volke noch vorhandene Pöpspreußenthum bekämpft, wie es die Königsberger Stadtbehörden oder der Fürst Lichnowsky repräsentirten, aber wir verlangen auch die Anerkennung, daß gerade in Preußen das Volk im Großen und Ganzen aufrichtig und mit wahrer Hingebung dem deutschen Interesse zugeneigt ist, und seine Gesinnung auch nicht geändert hat, als Preußen von allen Seiten angefeindet wurde, und jede Aussicht auf eine begünstigte Stellung desselben in Deutschland verschwand.

Wir sprechen auch hier nicht im preussischen Interesse. Nicht etwa preussischer Patriotismus und preussischer Nationalstolz ist durch die Angriffe auf Preußen in uns verletzt worden, unser deutsches Gefühl empört sich dagegen, daß man nicht so weit deutsch ist, um zu vergessen, daß wir in Preußen wohnen; unser deutsches Gefühl findet sich aufs Tiefste verletzt, daß man an eine Gesinnung nicht glauben will, an welcher zu zweifeln wir noch keine Veranlassung gaben, daß man die Hand schände zurückweist, welche wahrlich mit Begeisterung dargeboten wurde.

Was aber jedes verletzte persönliche Gefühl unendlich überwiegt, das ist die ernste Sorge über die Wirkung, welche eine leider ohnehin so tief liegende Spannung zwischen zwei Hauptmassen der deutschen Bevölkerung auf die Einheitsbestrebungen üben muß, wenn sie mit solcher Planmäßigkeit künstlich genährt wird. Man wende nicht die alte Fabel ein, daß nur die preussische Regierung gemeint sei. Dadurch, daß man die Verdächtigungen gegen jede preussische Regierung richtet,



wird das Volk doch indirekt davon mit betroffen. Sodann darf man denn doch nicht vergessen, daß die Stellung der Regierung nunmehr eine andere geworden ist, und daß sie in dauerndem Widerspruch mit der Mehrheit des Volkes sich nicht halten kann, wenn auch bei dem gegenwärtigen Schwanken aller Verhältnisse nicht behauptet werden kann, daß die jetzige Regierung auch eine wahrhaft volksthümliche sei. Immerhin aber wird durch ein so systematisch feindseliges und mißtrauisches Verhalten allmählich und unbewußt in einem Theile des Volkes eine Gereiztheit sich erzeugen, welche in einem kritischen Augenblicke Deutschland an den Rand des Abgrundes führen kann. Ist auch die deutsche Gesinnung der großen Mehrheit der Preußen aufrichtig und wahr, so vergesse man doch nicht, daß gerade Preußen in der Lage war, ein gewisses Partikular-Nationalgefühl zu nähren. Man vergesse nicht, daß Vorurtheile und Empfindungsweisen, in denen man groß gewachsen ist, auch durch die gewaltigsten Ereignisse nicht sogleich mit der Wurzel ausgerottet werden. Man vergesse nicht die Masse des Volkes und daß gerade durch fortdauernde Herausforderungen und Reizungen der jetzt vor der deutschen Begeisterung glücklich zurückgetretene preussische Nationalstolz wieder erwachen könnte. Wehe aber dann Deutschland und Preußen!

Oder will man in der That ein Deutschland ohne Preußen gründen, ohne Preußen, welches im Westen, Norden und Osten Deutschland umspannt und doch auch in sein Herz eindringt? Ohne Preußen, welches jetzt fast ein rein deutscher Staat werden wird? — Verkennt man denn die hohe Wichtigkeit, welche es hat, daß ein Deutschland innig ergebener Staat sei, welcher über seine Grenzen zu wachsen hat? — Verkennt man das Gewicht, was es in die Wagschale legen müßte, wenn ein so mächtiger und so über Deutschland verbreiteter Staat, wie Preußen, in der Anerkennung der zu gründenden deutschen Verfassung entschlossen voranginge? Oder schmeichelt man sich mit der Hoffnung auf ein Zerfallen von Preußen? Vergesse man doch nicht, daß in jedem Falle ein starker Kern zurückbleiben wird, welchen Deutschland unmöglich entbehren kann!

Wir beschwören diejenigen Gegner Preußens, welche wahre Freunde deutscher Einheit sind, die gegenwärtige Stimmung des preussischen Volkes, den hoffentlich aufrichtigen und noch dazu durch feierliche Gelübde gebundenen Willen der Regierung zum wahren Heile Deutschlands zu benutzen! Suche man statt Anfeindungen Preußen immer mehr zu Deutschland herüberzuziehen!

Vergessen wir Preußen aber auch nicht, daß wir ohne Deutschland keine Zukunft haben! Vergessen wir nicht, daß die Zahl unserer systematischen Gegner in der Nationalversammlung doch nur eine äußerst geringe ist. Bedenken wir ferner, daß der unglückselige russische Einfluß, unter dem Preußen so lange gestammet, durch Preußens Mitschuld auch Deutschland um einen schönen Theil seiner Geschichte betrogen hat, daß selbst in der Nationalversammlung eine kleine Fraction der unsrigen den starren preussischen Partikularismus vertritt und daß ein so altes, leider einst auch so begründetes Mißtrauen nicht an einem Tage schwinden kann.

Sehen wir allen Verdächtigungen erneute Beweise unserer wahrhaft deutschen Gesinnung entgegen. Harren wir aus, bleiben wir ungerührt bei allen Angriffen im Interesse des theuren Vaterlandes, und erzwingen wir uns Vertrauen, wenn man es uns bereitwillig nicht gewähren will!

## Preußen.

Berlin, 19. Juni. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeigers.] Des Königs Majestät haben den bisherigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Arnim, auf sein Ansuchen von der Leitung dieses Ministeriums zu entbinden und denselben zur Disposition zu stellen, zugleich auch den bisherigen Gesandten, Geheimen Legations-Rath, Freiherrn von Schleinitz, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen geruht. — Dem Gymnasial-Oberlehrer Wilhelm Kroemer in Breslau ist das Prädikat als „Professor“ verliehen worden.

Die Berliner Blätter enthalten folgende Bekanntmachung:

„An unsere Mitbürger! Die Vorgänge, welche am 14ten d. M. an verschiedenen, dem Schutze des Volkes anvertrauten Gebäuden, insbesondere im Zeughause stattgefunden, haben die Bewohner der Hauptstadt nicht minder als uns schmerzlich berührt. Durch rohe Gewalt sind am Abend jenes Tages die Eingänge und Fenster des Zeughauses, ja selbst mehrere Waffenläden der Bürger erbrochen worden. Man hat die Freiheit gemißbraucht und sich der gewaltsamen Entwendung von Waffen aller Art, ja auch geschichtlicher Kriegsdenkmäler schuldig gemacht. — In tiefer Entrüstung über diese verbrecherischen Handlungen haben wir sofort die nöthigen Maßregeln getroffen, ähnlichen Vorfällen vorzubeugen und eine Sicherheitskommission von neun Mitgliedern ernannt, namentlich auch zu dem Zwecke, um die für den Nothfall vorbehaltene Zuziehung des Militärs zu veranlassen. — Wir haben ferner die von dem Ministerio des Innern nach dem Muster freier Staaten angeordnete Sicherheits-Mannschaft von 2000 Mann, welche binnen Kurzem in's Leben treten und — so viel thunlich — aus Einwohnern unserer Stadt bestehen wird, mit dem lebhaftesten Danke angenommen. — Wir begrüßen endlich in der eben

zusammengesetzten Landwehr unsere Mitbürger, welche in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr sich stets bewußt bleiben wird, daß die Bestimmung jeder bewaffneten Macht ist, den gesetzlich geordneten Gewalten zu dienen. Wir haben das sichere Vertrauen, daß, da nun auch die Bürgerwehr einer festeren Gestaltung entgegengeht, die gesetzliche Ordnung fortan aufrecht erhalten und die Sicherheit der Stadt nicht weiter gefährdet werden wird. Berlin, 17. Juni 1848. — Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.“

Berlin, 19. Juni. [Tagesbericht des Correspondenz-Bur.] Die Verfassungs-Kommission hatte heute ihre erste Sitzung. Waldeck ist zum Vorsitzenden gewählt. Milde soll die Annahme eines Portefeuilles unter Camphausens Präsidium abgelehnt haben. Man spricht heut von dem Projekt eines Ministeriums Waldeck. Auch Evelt (Direktor eines Gerichts in Westfalen) wird unter den Kandidaten genannt. — Gestern um 10 Uhr hat sich der Handwerker-Congress konstituiert. Folgende Städte waren durch Abgeordnete vertreten: Straßburg, Halle, Hamburg, Elbing, Schwerin, Parchim, Altona, Bernau, Riel, Wittstock, Prenzlau, Angermünde, Luckenwalde, Spandau, Neu-Ruppin, Schwedt, Neuhaldensleben, Hameln, Breslau, Neustadt, Eberswalde, Torgau, Posen, Rendsburg, Grünberg, Stettin, Sonnenburg. Auch die deutschen Handwerker in London waren durch einen seiner Mitglieder als Gast vertreten. Außerdem hatten 52 Vereine einer gleichen Anzahl von Städten des Königreichs Sachsen Mitglieder zu der Versammlung deputiert. Mehrere Vereine, z. B. Lautern, Greifswalde, Görlitz, Osterwieck, Gültrow u. A. hatten schriftlich ihre Anträge eingesandt. Brandenburg hatte angefragt: ob man es wohl wagen dürfe, jetzt nach dem anarchischen Berlin zu kommen? Der Vorstand hat erwidert: man möge es versuchen; da die Deputierten der National-Versammlung hier ohne Gefahr für ihr Leben zu verweilen im Stande seien, so dürfte es einem Abgeordneten zum Handwerker-Congresse, vielleicht auch gelingen. Man beabsichtigt, sich über gemeinsame Grundsätze für alle Handwerkervereine zu vereinigen, Verbindungen zu gegenseitiger Mittheilung von Erfindungen anzuknüpfen, eine die Zwecke der Vereinigung fördernde Zeitschrift zu begründen, Lehrlingschulen zu veranstalten und eine Adresse an die National-Versammlung zu erlassen. — Es werden hier Mittheilungen im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 14. verbreitet, welche die Vermuthung rechtfertigen, daß das Schießen vor dem Zeughause eine im Voraus eingeleitete und gewünschte Maßregel war. Mitglieder der Schützengilde versichern, daß der Major Bleßon schon am 14. Mittags den Wunsch geäußert hat, es möchte zum Schießen kommen, damit zum Heranziehen des Militärs ein Anlaß gegeben werde\*). Die angestellten Ermittlungen haben übrigens ergeben, daß die Säuberung des Zeughauses von den Eingedrungenen keineswegs durch das eingerückte Linienmilitär, sondern schon vor dessen Anmarsch durch eine zum Schutz des Zeughauses herbeigeeilte Bürgerwehr-Abtheilung bewirkt worden ist. Der einberufenen Landwehr sind von der Regierung ihre Forderungen zum Theil bewilligt. Das Verbleiben in den Kasernen ist der Wahl der Wehrmännern überlassen, der Appell auf 7 Uhr Abends angesetzt und die Zusage erteilt worden, daß die Landwehr nur zum Wacht-, Patrouille- und Ordnungsdienst verwendet werden solle. Uebrigens haben alle Reklamationen Berücksichtigung gefunden, und Niemand, der durch die Einstellung brodlös zu werden fürchten muß, wird zum

\*) [Aussage eines Bürgers über Handlungen des Maj. Bleßon am 14., nach der Zeitungs-Halle.] Ein hiesiger Bürger, Mitglied der alten Schützengilde, bezeugte am 14. Vormittags — es war zwischen 9 und 11 Uhr — beim Zeughause auf der Seite des Waldchens zwei Herren, von denen der Eine, ein Officier der Bürgerwehr, ihm bekannt war. Der ihm bekannte Herr hielt ihn an und stellte ihm dem Andern als einen Mann vor, der diesem dienen könnte; dem Bürger dagegen stellte derselbe seinen Gefährten als den zeitigen Commandeur der Bürgerwehr, Major Bleßon, vor. Der als Major Bleßon vorgestellte forderte den Bürger auf, mit nach dem Gouvernementshause zu gehen und dort eine Karte in Empfang zu nehmen, durch welche ein Zug Schützen von der Gilde zur Unterstützung des vor der Singakademie aufgestellten Bürgerwehr-Postens bestellt werden sollte. Auf dem Wege nach dem Gouvernementshause fand ungefähr folgendes Gespräch statt:

Maj. Bleßon: Haben nicht die Herren von der Schützengilde immer geladen?

Bürger: Das ist nicht so bestimmt.

Maj. Bleßon: Sie haben aber doch, da Sie Büchsen ohne Bajonnet führen, gar kein Mittel sich zu wehren als die Schußwaffe.

Bürger: Nun ja, die Schützen sind auch immer mit Munition versehen.

Maj. Bleßon: Auf die Schützen von der Gilde kann man sich, glaube ich, mehr verlassen als auf die Bürgerwehr — (und mehr zu seinem früheren Begleiter als zu unserem Berichterstatter gewandt:) Wenn nur erst ein Paar Schüsse gefallen sind, so wird der General mit dem Militair da sein\*).

\*) Oder: — „der General mit dem Militair kann gleich da sein“ — der Berichterstatter ist nicht gewiß, ob es „kann“ oder „wird“ lautete. (St. P.)

Die Redaction der Zeitungs-Halle ist ermächtigt, die Namen der Personen zu nennen.

Eintritt gezwungen. — Die neulich von uns gegebene Nachricht über die Note der französischen Regierung in Betreff Posen erhält aus andern Quellen Bestätigung. An der heutigen Börse hat dieselbe Besorgnisse erregt. Die bedeutenderen Bankiers suchten zu verkaufen. Die Kurse waren schlechter als in den letzten Tagen.

† Berlin, 19. Juni. [Das Ministerium ist noch unvollständig. — Der Krieg mit Rußland scheint unvermeidlich. — Erste Sitzung der Verfassungs-Kommission. — Bevorstehende Präsidenten-Wahl. — Ein wichtiger Antrag des Abgeordneten Elsner.] Das Ministerium ist noch immer nicht vollständig, da Rodbertus, mit welchem Hansemann mehrfach verhandelt haben soll, abgelehnt hat. Auch von Milde verlautet dasselbe\*). Uebrigens bedürfen wir gerade jetzt, wo nach allen Nachrichten von der russischen Grenze, denen die Minister nicht länger widersprechen (Hansemann hat gelegentlich geäußert, Rußland führe zwar noch nicht öffentlich, aber schon längst insgeheim Krieg mit uns) ein bedeutender Krieg fast unvermeidlich scheint, mehr als jemals eines energischen Ministeriums, welches sich durch die unumwundene Anerkennung der Konsequenzen der Revolution an die Spitze der Bewegung stellt und die Begeisterung des Volkes zu erregen weiß. Mögen denn die Reaktionen die Russen und die Wiederkehr des alten Regiments hoch leben lassen, sie werden nur um so tiefer fallen! — Die Verfassungs-Kommission, in welche nun nachträglich noch Dr. Stein gewählt worden ist, hat heute ihre erste Sitzung gehalten und beschlossen, mit indirekter Zugrundelegung des Verfassungsentwurfes die einzelnen Titel desselben und deren einzelne Abtheilungen durch je zwei Mitglieder umarbeiten zu lassen. Die §§ 4, 5, 6, 62, 63, 64, 65, 66, 67 und 68 werden ganz besonders geprüft und theilweise ergänzt werden. Daraus geht hervor, daß der ministerielle Entwurf so gut wie verworfen ist. — Sollte noch in dieser Woche die Verathung über das bereits vorgelegte Geschäftsreglement beendet, oder dieses ohne Debatte angenommen werden, so muß auch die Versammlung zur Wahl eines Präsidenten schreiten. Die Rechte wird wahrscheinlich Hr. Milde, die Linke dagegen Hr. Jakobi als Kandidaten aufstellen. Von Einigen wird auch Herr Kirchmann genannt, dessen sehr vorsichtiges Verhalten in den letzten Tagen die Sympathien des Centrums und der Rechten gewonnen hat. — Wahrscheinlich wird schon morgen die Lebensfrage des schlesischen Riesengebirges in der Versammlung zur Sprache kommen, da Herr Elsner den Antrag auf sofortige Niedersetzung einer Spezial-Kommission gestellt hat, deren Aufgabe sein soll, die Lage der Spinner und Weber und überhaupt der gesammten Linnen-Manufaktur zu untersuchen und Mittel ausfindig zu machen, welche dem Nothstande derselben ein Ziel setzen.

Frankfurt a/O., 18. Juni. [Militärische Maßregeln.] Am 16. hatten etwa 150 Mann des hiesigen Militärs unter dem Vorgeben von Felddienstrübung den Bahnhof bei jedesmaliger Ankunft eines Zuges besetzt. Ein Officier mit einem Hornisten hielten sich auf dem Perron auf, während die übrigen Mannschaften, mit scharfen Patronen versehen, in der Nähe versteckt lagen. Mit gerechtem Mißtrauen wurde diese Maßregel von mehreren Bürgern wahrgenommen, und als am Abend im demokratischen Vereine Mittheilung davon gemacht wurde, beschloß dieser einstimmig, sofort eine Deputation an den Ober-Bürgermeister zu senden, um Aufklärung zu verlangen, und die Forderung zu stellen, daß wenn eine Besetzung des Bahnhofes nothwendig sei, dazu die Bürgerwehr zu verwenden und nicht das Militär. Von dem Ober-Bürgermeister und dem Polizeirath wurde der Deputation der Zweck der Besetzung dahin erläutert: daß in Folge einer polnischen Verschwörung das Zeughaus in Berlin erstürmt, und es Absicht sei, die entnommenen Waffen nach Polen zu schaffen, was durch das Militär verhindert werden soll. — Auf die Anfrage, weshalb bei Ankunft des Breslauer Zuges der Bahnhof ebenfalls besetzt sei, da die Zeughauswaffen doch nicht von dorthor kommen könnten, wurde geantwortet: es sei die Rede davon, daß von Breslau aus 3000 Republikaner den Berlinern zu Hülfe kommen wollten, und das Militär habe die Weisung, die Breslauer eben so einzufangen, wie weiland die belgischen Krieger die aus Frankreich zurückkehrenden Flüchtlinge. — Die genannten städtischen Beamten oersprachen, daß Militär auf oder in der Nähe des Bahnhofes nicht mehr aufgestellt werden solle, und begaben sich dieserhalb zum Commandanten, General v. Holleben. Die Deputation brachte der harrenden Versammlung diese Botschaft, und einstimmig wurde beschlossen, wachsam zu sein, um jedem

\*) Daß der geh. Legationsrath Freiherr v. Schleinitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden ist, theilt der Staatsanzeiger bereits in seinem amtlichen Theile mit. (1. oben.)



Mißverständnisse, wodurch die Ruhe der Stadt gefährdet werden könne, vorzubeugen. — Das Militär hat sich nicht mehr auf dem Bahnhof blicken lassen.

(3. H.)

Stettin, 18. Juni. (Nordamerikanische Flotte. Ragenmusiken. Wollmarkt. Feld in Angermünde erwartet.) Ein gestern von Hamburg hier angekommener Schiffer bestätigt als Augenzeuge die Nachricht, daß auf der Höhe von Rurhafen 10 amerikanische Kriegsfahrzeuge, worunter ein Dampfer, ankern, welche Deutschlands Rechtsame gegen Dänemark wahrnehmen sollen. — Auch in dieser Woche hat man an zwei Abenden dem Redakteur der alten Stettinischen Zeitung zum Zeichen des Mißfallens Ragenmusiken gebracht. Von Seiten der Bürgerwehr ist thätlich eingeschritten worden, wobei man auch unbetheiligte Personen, welche ihr Weg vorüberführte, verletzete. — Der Wollmarkt ist diesmal von Verkäufern zahlreicher besucht gewesen, als je, weil viele Gutsbesitzer sich gescheut haben, ihre Wolle nach Berlin zu schicken. Die Preise waren gegen zwanzig Thaler niedriger, als im vorigen Jahre. — Vorgestern Abend befanden sich zahlreiche Menschenhaufen mit Stöcken auf dem Bahnhofe zu Angermünde, um Feld zu empfangen, von dem sich das Gerücht verbreitet hatte, daß er in Angermünde eintreffen würde, um von dort aus seine Versöhnungsversuche zwischen der Hauptstadt und den Provinzen anzustellen.

Rawicz, 14. Juni. [Deutsche und Polen.] Mit Bedauern nimmt die hiesige Einwohnerschaft den gehässigen Geist wahr, der sich seit Kurzem von Seiten der benachbarten Polen gegen sie zeigt. Mißhandlungen, die einige Polen hier erlitten, sollen diesen Geist vorzüglich hervorgerufen haben. Es ist deshalb notwendig, bekannt zu werden, daß diese Mißhandlungen von einigen Individuen verübt worden sind, über die die öffentliche Meinung längst gerichtet. Die hiesige Bürgerschaft hat ihre deutschen Interessen zu wahren gesucht, ohne deshalb eine feindselige Stellung gegen Polen einzunehmen.

### Krieg mit Dänemark.

— Aus dem Schleswig-Holsteinischen, 16. Juni. Man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte, daß die dänische Armee sich gänzlich von der Insel Alsen entfernt und nach den Uferstädten Jütlands übergeschifft habe; denn nicht allein die dänischen Vorposten vom Alsen her bis ungefähr 1 Meile von Apenrade, sondern auch die dänischen Streifzügler an der Angeler Nordostküste, welche auf Lebensrequisitionen ausgehen, geben Beweise vom Gegentheil. Bisher nur sehr dürtig durch deutsche Truppen gegen die Uebergriffe der Dänen gesichert, waren die Bauern der wohlhabenden Kirchspiele Grundohot und Neukirchen, der dänischen Plünderungsfucht fortwährend ausgesetzt. Wrangel hat auch diesen Punkt dieser Tage von Schleswig-Holsteinischen Truppen und der Adolfer Freischar besetzen lassen. Alsen ist ganz aufgekehrt, unter den Truppen große Muthlosigkeit eingetreten. Die Unsrigen haben feste Position gefaßt; Flensburg wird als der Centralpunkt betrachtet, von dem aus die Kriegsoperationen beginnen sollen. Auf der Straße von Flensburg nach Apenrade nordöstlich, in der Gegend von Bau, Crusau und der Kupfermühle wird stark an Verschanzungen gearbeitet. Der gegenseitig stillschweigend eingetretene Waffenstillstand wird von Zeit zu Zeit von kleinen Gefechten mit den dänischen Vorposten getrübt; dies ist aber nicht von großer Bedeutung und im Ganzen ist es augenblicklich auf dem Kriegsschauplatz ruhig. 3 Compagnien preussischer Scharfschützen sind hier angekommen, mehrere Bataillone Infanterie und schweres Geschütz werden auch noch erwartet. Das Gerücht, daß der Prinz von Preußen den Oberbefehl in unsern Herzogthümern übernehmen und Wrangel an die Stelle des General v. Pfuell nach Posen (?) versetzt werden solle, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit (?), wenigstens wird dies von mehreren heute aus Berlin gekommenen glaubwürdigen Personen behauptet. — Aus einem mir von einem achtbaren Kaufmann zur Einsicht vorgelegten Briefe aus Gothenburg vom 13. d. Mts. erlaube ich mir, Ihnen folgende Details mitzutheilen. Ein Krieg gegen Deutschland ist in Schweden und Norwegen keineswegs volksthümlich; im Gegentheil, die öffentliche Meinung billigt ihn nicht, und die materiellen Interessen rathen ihn ab. Es wird hier, heißt es weiter in dem Briefe, von Versprechungen geredet, welche Rußland Schweden gemacht haben soll, wenn es sich an dem Kriege betheiligt; wir fühlen es, daß Rußland der Idee einer skandinavischen Union, der wir ergeben, entgegen zu wirken sucht und seine Betheiligung am deutsch-dänischen Kriege ist, obgleich geräuschlos, doch im Stillen sehr bedeutend. Königlich Oskar scheint sich in das russische Jangneß verlorren zu haben, und läßt Schiffe rüsten und schickt Truppen nach den dänischen Inseln (Fühnen). Jetzt werden eine Anzahl norwegischer Bomben- und Schaluppen ausgerüstet, und 1500 Matrosen für den Dienst der Flotte ausgeben. Die Kanonenböte zerfallen in 3 Geschwader,

deren jedem ein Dampfschiff zum Bugfieren beigeordnet ist. — Sie werden sich erinnern, daß das „Fidrelandet“ jüngst behauptete, Dänemark habe das Privateigenthum der kriegführenden Mächte nicht mit Beschlag belegt, und dies nur ein in Hamburg und London verbreitetes Gerücht sei; die „Berling'sche Zeit.“ vom 13. d. (die neueste Nummer) sieht in dieser Behauptung eine absichtliche Entstellung der Thatfachen und meint, es bedürfe keiner großen Argumente, um nachzuweisen, daß die dänische Nation die im Kopenhagener Hafen u. s. w. liegenden Schiffe deutschen Privat-Eigenthums in Embargo gelegt: dies sei klar vor aller Welt. Ist doch noch am 10. d., heißt es weiter, ein preussisches Schiff, welches unvorsichtigerweise auf der Rheide von Helsingör ankern wollte, von dem Secoffizier des dänischen Wachtschiffes ins Schlepptau genommen worden?

### Krieg mit Rußland?

\*\* Wir müssen diese Frage auch heute noch wiederholen, da sich die Besorgnisse vor einem Kriege mit dem nordischen Kolos seit gestern wenn nicht vermehrt doch keineswegs vermindert haben; wir müssen diese Frage so lange wiederholen, bis sie befriedigend beantwortet worden ist, da das Wohl und Wehe von Millionen hiervon abhängt. Stehen wirklich große Truppenmassen von Russen an unsern Grenzen, und wagen diese einen Einsall in Schlessien, so wird die „Perle in Preußens Krone“ ein Raub fremder Horden und eine der reichsten und gesegnetsten Provinzen Deutschlands ist den Verwüstungen blut- und raubgieriger Schaaren preisgegeben, denn nur wenige Bataillone stehen längs der ausgedehnten Grenze und sind nicht im Stande, den Angriff eines auch nur mäßigen feindlichen Armeekorps zurückzuweisen. Also, ist auch nur die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Rußland vorhanden, dann rüste man mit aller Kraft, ehe es zu spät ist, ehe der Feind im Herzen des Landes steht und das Mark des Volkes ausfaugt. Friedrichs des Großen und Napoleons Prinzipien, den Krieg stets auf feindliches Gebiet zu spielen, hat viel zu den Siegen dieser großen Feldherren beigetragen, und wenn auch ein napoleonischer Zug nach Moskau ein Unbing wäre, so ist doch auch ein Krieg diesseits der russischen Grenze einer Niederlage gleich zu achten. Preußen ist der starke Wächter Deutschlands gegen Osten, es ist aber nicht genug, daß dieser Wächter stark sei, er muß auch die Augen hell und offen haben, damit er nicht im Schlafe überumpelt und das ihm anvertraute Gut geraubt werde. Alle die in Schutt und Asche verwandelten Städte und Dörfer unseres Vaterlandes, das Blut der unnütz hingeopferten und gemordeten Tausenden würden auf der Seele derer lasten, die das Staats-Ruder lenken, und die entweder aus Mangel an Energie oder Wachsamkeit es verschuldeten, daß sich die Furie des Krieges über die heimischen Gauen des deutschen Vaterlandes verbreitet. — Wir haben oben gesagt, daß sich die Besorgnisse vor einem Kriege mit Rußland nicht vermindert haben, und so ist es auch. Die Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark scheinen sich jedenfalls zerschlagen zu haben, das sieht man einestheils an den Operationen der Dänen selbst, andertheils an den Bewegungen der deutschen Truppen in Schleswig-Holstein. Dänemark kann aber nur dann einen Krieg mit Deutschland fortsetzen wollen, wenn es einen mächtigen Grenz-Nachbar des deutschen Volkes zum Verbündeten hat und dieser ist Rußland. Haben doch bereits alle deutschen Zeitungen die Nachricht gemeldet, daß nur zufolge einer drohenden Note Rußlands die rückgängige Bewegung der preussischen Truppen in Schleswig erfolgt sei, und noch ist dieser Nachricht nicht widersprochen worden. Schweden scheint sich in neuester Zeit von Dänemark zurückzuziehen, und wenn dies wahr ist, kann es nur deshalb geschehen, weil es an einem russisch-dänischen Bündniß nicht Theil nehmen will. Schweden und Rußland sind seit Menschengedenken Rivalen und werden auch, schon auf Grund ihrer Nationalität, nie Freunde werden. Ist nun mit der Aussicht auf eine Fortsetzung des Krieges mit Dänemark auch die Aussicht auf einen Krieg mit Rußland verbunden, so wird letztere noch durch das von Rußland stets befolgte Streben für Errichtung eines allgemeinen slavischen Reiches unterstützt. In dieser Beziehung ist folgender Brief eines aus Polen kommenden Reisenden in der neuesten Kölnischen Zeitung beachtenswerth. In demselben wird unter anderem gesagt: „Was mir am meisten auffiel, war, daß ich unter den russischen Offizieren ganz offen von der Erhebung des allgemeinen Slaventhumes reden hörte. Bei dem russischen Heere giebt es eine Art von Offizieren, welche man mit dem Namen Conversations-Offiziere zu benennen pflegt, und welche von Petersburg aus an die Truppentheile versendet werden, um den Geist des Heeres zu stimmen. Diese Conversations-Offiziere nun predigen seit der letzten Zeit ganz laut die Idee des Pan-Slavismus, und daß der „Batuscha“ (der Kaiser) bald eintreffen werde, um das Heer nach Deutschland zu führen und dort die Feinde Gottes und der Ordnung zu züchtigen. In diesem Sinne sucht man das Heer zu fanatisiren, und es dürfte somit doch noch seelig dem Kaiser von Rußland

vorbehalten sein, die wahre „Vereinbarung“ Deutschlands mit sich selbst zu Wege zu bringen.“ — Man denke hierbei an die neuesten blutigen Vorgänge in Prag, an diesen Kampf zwischen einem slavischen Stamme und den Deutschen! Wer wird nicht unwillkürlich auf die Idee geführt, daß Rußland hier seine Hand im Spiel gehabt? Wer sollte nicht auf die Vermuthung kommen, daß der Ausbruch dieses Kampfes, der, wie es sich jetzt herausstellt, zur Unzeit und zu früh erfolgt ist, erst dann stattfinden sollte, wenn ein russisches Heer gleichzeitig die deutsche Grenze überschreiten würde? — Daß aber hierzu Truppen genug jenseits der russischen Grenze gesammelt stehen, verkünden nun Meldungen auf Meldungen. Die Londoner Times, welche früher in russischen Angelegenheiten ziemlich gut unterrichtet waren und es jetzt bei ihrer anerkannten Dänen-Freundlichkeit gewiß noch mehr sind, bleiben bei ihrer Behauptung, daß ein gewaltiges russisches Heer längs der preussischen Grenze stehe. Auch die neueste Nummer dieses englischen Blattes berichtet aus „glaubwürdiger“ Quelle: „daß die russische Streitmacht, die jetzt im Königreiche Polen konzentriert sei, sich fast auf 300,000 Mann belaufe mit einem unermesslichen Artillerie-Park.“ Ja am 14. Abends verbreitete sich schon in der City zu London das (natürlich falsche) Gerücht: daß ein russisches Corps Memel genommen und somit der Krieg faktisch begonnen habe. Das Gerücht (vom Morning Chronicle mitgetheilt) wurde für so glaubhaft gehalten, daß es selbst Einfluß auf den Effektenmarkt ausübte. — Man sorge dafür, daß es nicht zur Wahrheit werde! — Wie ernste Besorgnisse vor einer russischen Invasion selbst die Behörden in jenem Theile Preußens haben müssen, geht theils aus den neulich und gestern mitgetheilten Nachrichten aus Königsberg und Thorn, so wie aus folgender authentischen Nachricht hervor. Die neueste Danziger Zeitung meldet nämlich:

Danzig, 17. Juni. „Dem hiesigen Souveränement ist gestern vom Kriegsministerium der Befehl zugegangen, die nöthigen Anstalten zu treffen, um Danzig in kürzester Frist in Vertheidigungszustand setzen zu können.“ \*)

### Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Juni. [Die National-Versammlung. Die Linke will keinen Aufschub der Sitzungen.] Der Präsident der konstituierenden Versammlung ließ noch gestern Abend spät den Abgeordneten bekannt machen, daß die Sitzung, welche auf heute Vormittag anberaumt war, nicht stattfinden werde, da die erwarteten Kommissionsberichte heute nicht erstattet werden könnten; die nächste Sitzung der Versammlung werde am Vormittag des 17. Juni sein. Dieser an und für sich ganz unbedeutende Vorgang wurde von der äußersten Linken rasch aufgegriffen, um daran eine Demonstration zu knüpfen, die leicht zu sehr weit reichenden Folgen hätte führen können, was freilich den Absichten der äußersten Linken ganz entsprochen haben würde. In dem Klubb dieser Partei entstand in Folge jener Bekanntmachung eine sehr lebhafte Debatte; man bestritt, daß dem Präsidenten die Befugniß zustehe, eine schon anberaumte Sitzung der Versammlung auszuschieben, ohne diese gefragt zu haben; und der Abg. Simon stellte den Antrag: daß man die übrigen Fraktionen der Versammlung einladen solle, sich heute Vormittag zu einer Sitzung zu versammeln, auch wenn Herr v. Gagern nicht das Präsidium führte; es werde sich wohl schon ein Gegenstand finden, mit dem sich die Versammlung beschäftigen könnte; die Versammlung dürfe sich nicht unthätig zeigen, damit das Volk den Mitgliedern nicht den Vorwurf mache, daß sie für ihre Diäten nicht gehörig arbeiteten. Simons Antrag wurde von dem Klubb angenommen, und alsbald verfügten sich Abgesandte in die Reunionslokale der übrigen Parteien, um diesen die Einladung in dem angegebenen Sinne zu überbringen. Die Linke und mehrere Fraktionen der Centren zeigten sich wirklich geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Allein als bekannt wurde, der Präsident habe erklärt, daß er ganz in seinem Rechte gehandelt habe und daß er seine Dimission geben würde, wenn man die von ihm abgesagte Sitzung dennoch halte, zogen die Linke und die Centren ihre Beistimmung wieder zurück, und der äußersten Linken blieb nun ebenfalls nichts Anderes übrig; Abg. Simon verzichtete auf seinen Antrag, und vergebens drang Abg. Schöffel darauf, daß trotz der Erklärung des Präsidenten weitere Schritte gethan werden müßten, um die fragliche Sitzung zu Stande zu bringen; die äußerste Linke würde sich auch sicher auf weitere Schritte eingelassen haben, wenn sie nur im entferntesten Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. — Die schon bekannten Anträge des Ausschusses der konstituierenden Versammlung in Betreff der Bildung einer provisorischen Centralgewalt haben dem Vernehmen nach im Schooße des Ausschusses selbst eine höchst wesentliche Abänderung erfahren. Die Idee, daß die drei Mitglieder der beabsichtigten Centralgewalt von den Regierungen Oesterreichs,

\*) Vergl. auch „T. Berlin, 19. Juni.“



Preußens und der übrigen deutschen Staaten proponirt werden sollten, hatte bei der Linken und den Centren selbst so vielen Anstoß gefunden, daß man auf eine Abänderung des diesfälligen Theiles der Ausschussträge bedacht war. Der Ausschuss soll nunmehr den Beschluß gefaßt haben: zu beantragen, daß die drei Mitglieder der provisorischen Centralgewalt von der Nationalversammlung selbst aus deren Mitte ernannt würden. Zwischen den Führern der Linken und der Rechten soll eine Vereinbarung in diesem Betreff zu Stande gekommen sein. Es werden schon verschiedene Kandidaten genannt, unter Anderem Abg. v. Möring (von Wien, österreichischer Bundespräsidialgesandter), Herr v. Beckerath (von Krefeld) oder Hr. Camphausen, und Hr. Mathy (von Mannheim). (D. A. Z.)

Frankfurt a. M., 18. Juni. [Sitzung der deutschen Bundes-Versammlung v. 16. Juni.] Auf eine Mittheilung des Präsidial-Gesandten, daß, zufolge eines Schreibens des österreichischen Gouverneurs in Triest vom 12. Juni und übereinstimmender Berichte der daselbst befindlichen deutschen Konsuln, die unter dem Befehle des kgl. sardinischen Vice-Admirals Albini vereinigte neapolitanisch-sardinische Flotte eine Blokade des Hafens von Triest noch im Laufe des genannten Tages eintreten zu lassen beabsichtige, wurde beschloffen, gegen diese Operationen unter Beziehung auf die Verpflichtungen, welche die deutsche Bundesakte Art. 2 a II. und die Wiener Schlussakte Art. 38 dem deutschen Bunde hinsichtlich der Angriffe auferlegen, die auf einen Theil des deutschen Bundesgebietes von auswärtigen Mächten gerichtet werden möchten, ferner unter Hinweisung auf die ersten und beklagenswerthen Verwickelungen, welche aus derartigen feindlichen Operationen entstehen könnten, die Verwahrung der Bundes-Versammlung einzulegen und den kgl. sardinischen Gesandten am Bundestage unter dem Bemerken hiervon in Kenntniß zu setzen, wie man nicht bezweifle, daß die kgl. sardinische Regierung, wenn sie von der Natur der vorliegenden Verletzung ihrer mit dem deutschen Bunde bestehenden friedlichen Verhältnisse unterrichtet worden, nicht zögern werde, dem Befehlshaber der sardinischen Flotte solche Befehle zu ertheilen, welche Stadt und Hafen von Triest, so wie das deutsche Bundesgebiet überhaupt, vor allen Verletzungen durch die dortigen Kriegereignisse sicher zu stellen geeignet seien. — Zugleich wurde den übrigen bei dem deutschen Bunde beglaubigten Gesandten von obiger Verwahrung Nachricht zu geben beschloffen. — Ein Schreiben des Marine-Kongresses zu Hamburg, womit das Protokoll der gedachten Versammlung vom 1. und 2. Juni mitgetheilt wurde, wird zu den Akten genommen. — Eben so ein Bericht des Kommandirenden des 7. und 8. Armee-Corps, Prinzen Karl von Baiern, aus Tegernsee vom 9. Juni über die Stellung der in Baden stehenden Truppen, und worin derselbe die Absicht ausspricht, einen Theil der in Mannheim befindlichen Truppen von dort zurückzuziehen. Mehrere Berichte des Generals von Wrangel vom 8.—11. Juni, worin über die neuesten Kriegs-Ereignisse Nachricht gegeben und die Nothwendigkeit weiterer Verstärkung, um gegen die dänische Kriegsmacht mit Nachdruck operiren zu können, dargelegt wird, wurde dem Militär-Ausschuss zur Begutachtung zugewiesen. Der Gesandte von Mecklenburg bringt bei dieser Veranlassung zur Kenntniß der Bundes-Versammlung, welche Hindernisse der Stellung des Kontingents bisher im Wege gestanden, und daß gegenwärtig dasselbe in seiner Stärke gestellt worden sei. — Auf einen Bericht des politischen Ausschusses über die Kollisionen, welche sich im Herzogthum Lauenburg zwischen den Befehlen des Königs von Dänemark, als Landesherrn, und der Erfüllung der Bundespflichten für dieses dem deutschen Bunde einverleibte Land ergeben haben, deren möglichst schnelle Beseitigung durch eine von den lauenburgischen Landesvertretern hierher gesendete Deputation betrieben wird, wurde folgender Beschluß gefaßt: „1) In Erwägung der zwischen Sr. Majestät dem Könige von Dänemark und dem deutschen Bunde eingetretenen Feindseligkeiten, — der von dem König als Herzog von Lauenburg stattfindenden Weigerung der Leistung seiner Bundespflicht, — der dadurch herbeigeführten, vom König aber nicht angenommenen Abdankung der lauenburgischen Regierung, worin eine Verwirrung der Landesverhältnisse droht, zu deren Abwendung die verfassungsmäßigen Organe des Herzogthums die Dazwischenkunft des deutschen Bundes angesprochen haben, — soll eine interimistische Verwaltung des Herzogthums Lauenburg eintreten. — 2) Das Herzogthum Lauenburg wird daher unbeschadet der Rechte Sr. Majestät des Königs von Dänemark bis zur Einstellung der von Dänemark gegen den deutschen Bund geübten Feindseligkeiten und bis zur Herstellung des Friedens von Seiten des deutschen Bundes in Administration genommen, und wird — 3) vom deutschen Bunde sofort ein Kommissarius ins Herzogthum Lauenburg entsendet, um demgemäß die nöthigen Anordnungen zu treffen und eine für den deutschen Bund (unbeschadet der Rechte des Landesherrn) zu verpflichtende interimistische Verwaltung unter Berücksichtigung der Wünsche des Landes einzurichten, über die Ausführung dieses Auftrags aber demnächst Bericht zu

erstatten.“ Zugleich wurde der badische Gesandte als Commissair für Ausführung dieser Maßregel ernannt. — Endlich wurde ein Schreiben des Marineauschusses der National-Versammlung, womit ein Antrag des Marine-Kongresses in Hamburg auf Bewilligung einer Summe von 300,000 Rthlr. zur Ausrüstung von Kriegsschiffen mitgetheilt worden war, dem Marine-Ausschuss der Bundesversammlung zur Begutachtung zugewiesen.

(Sitzung der deutschen National-Versammlung am 17. Juni.) Die Sitzung war ungewöhnlich besucht, besonders waren die Tribünen gedrängt voll. Zwei neue Plätze fürs Sekretariat sind hinter der Rednerbühne angebracht. Sie werden von den Herren Tusch und Biedermann eingenommen. Martini will dem Protokoll eine Bemerkung über seine Motive, gegen den Beschluß der Bewilligung von 6 Millionen für die Kriegsmarine zu stimmen, einverleiben. Die Versammlung verneint die Zulässigkeitsfrage. Nur etwa zwanzig Mitglieder der linken Seite erheben sich. Zimmermann aus Spandau rügt, daß sein Amendement und andere nicht im Protokoll erwähnt seien. Präsident: Es sei nicht zu lesen und könne auch nicht Theil des Protokolls werden. Wigard giebt diese Bemerkung als richtig zu, will aber, daß sämtliche Amendements mindestens zur Verlesung kommen müssen. Präsident: Ich habe alle Amendements in dieser Sache angezeigt und gefragt, ob die Versammlung die Verlesung derselben wolle. Die Versammlung hat diese Frage verneint. Soll die Geschäftsordnung geändert werden, um jedes Amendement gegen die Erdrückung durch den Beschluß, die Verhandlungen zu schließen, zu schützen, so muß darauf ein eigener Antrag gerichtet und dieser bekanntlich von 50 Mitgliedern unterstützt werden. Rühl aus Hannover: Ein Mangel im Protokoll sei es jedenfalls, daß nicht bemerkt sei, die Versammlung habe das Nichtverlesen der Amendements beschloffen. Wesendonk will nicht bloß den speziellen Fall entschieden haben, sondern einen allgemeinen Beschluß gefaßt wissen. Er bemerkt, es seien dagegen, daß „auf verfassungsmäßigem Wege“ die 6 Millionen aufgebracht werden sollten, Amendements gestellt gewesen, die „auf irgend einem anderen Wege“ das Geld hätten erschaffen wollen. Die Frage: Will die National-Versammlung, daß das Amendement des Abgeordneten Zimmermann dem Protokoll nachgefügt werde? wird gegen etwa 16 Stimmen verneint. — Vogt macht in geheimer Form darauf aufmerksam, daß der Präsident mitunter von seinem Sitze aus debattirte. Präsident: Es ist die Gränze oft schwer einzuhalten. Habe ich sie mitunter überschritten, so setze ich mir wiederholt vor, immer die Rednerbühne zu betreten, wenn ich eine Meinung über den Inhalt der Debatte abgeben will. Nach einigen Bemerkungen von Schoder und Eisenstuck wird endlich, nach mehr denn einer halben Stunde, die Diskussion über das Protokoll verlassen. — Wigard macht einen Antrag, die Abfassung der Ausschussberichte betreffend und auf deren Vervollständigung zielend. Er versucht ihn als dringlich zu begründen und wird dann von Freudentheil und Zimmermann (aus Spandau) unterstützt. Die Versammlung erklärt die Sache für nicht dringlich. Der Präsident weist deshalb den Antrag dem Ausschusse zu, mit dem Wunsche, daß bald darüber berichtet werde. Sodann erhält Wesendonk das Wort, um über das Aussehen der auf gestern angesetzten Versammlung zu reden (Spannung im Auditorium.) Es ist, sagt er, am Mittwoch von der Versammlung förmlich beschloffen, am Freitag Sitzung zu halten. Wenn steht es in einem solchen Falle zu, eine Sitzung ausfallen zu lassen, der Versammlung oder dem Präsidium? Die Geschäftsordnung läßt die Frage unbeantwortet, der allgemeine parlamentarische Brauch dürfte aber das Recht allein der Versammlung zuweisen. (Oh, keinesweges!) Weit entfernt, selbst anzunehmen, daß aus einem anderen Grunde, als dem in dem Circular angegebenen, die Aussetzung erfolgt sei, muß ich doch bemerken, daß eine solche Annahme anderswo zum Nachtheil unseres Ansehens Raum gefunden hat, selbst in Versammlungen. Wir sind gesendet, nicht um zu feiern, sondern um zu arbeiten. Haben auch Kommissionsberichte nicht vorgelegen, so hätte sich doch wohl ein Gegenstand finden lassen. Zwar sind wir so glücklich, einen Präsidenten zu haben, der das allgemeine Vertrauen hat und eine discretionäre Gewalt nicht leicht mißbrauchen wird! allein grundsätzlich dürfen wir solche nicht in die Hand eines Mannes legen. Antrag: Die National-Versammlung erkläre, daß ihre Sitzungen täglich stattfinden, Sonn- und Festtage allein ausgenommen, sofern nicht durch besonderen Beschluß auch diese zu Sitzungen bestimmt werden. — Der Präsident referirt: Ich anerkenne, daß die Geschäftsordnung das von mir geübte Recht nicht ausdrücklich in meine Hand gelegt hat. Ich war aber nicht zweifelhaft, daß es aus der Stellung des Präsidenten folge, wenn er nach seiner Kunde von dem Stande der Geschäfte das Zusammentreten der Abgeordneten für überflüssig hält, die Sitzung absagen zu dürfen. Ich habe am Mittwoch ausdrücklich gesagt: ich setze die

nächste Sitzung auf übermorgen an, in der Voraussetzung, daß dann Berichte erstattet werden können. Ich habe am Donnerstag Nachmittag alle Ausschüsse persönlich aufgesucht und keinen Bericht aufgefunden. Michin war die Voraussetzung nicht eingetreten. Eine Tagesordnung war also nicht da, und eine Tagesordnung setze ich als die Bedingung der Thätigkeit der Versammlung an. Jordan aus Berlin hält den Präsidenten für gerechtfertigt, greift aber die Ausschüsse lebhaft an, ohne irgend bestimmte Beschuldigungen zu erheben. Der Präsident warnt ihn, keine Mißachtung gegen die National-Versammlung auszudrücken, worauf Jordan sagt: er theile die Ueberzeugung von der Wichtigkeit und Würde dieser Versammlung gewiß mit der Mehrheit. Allein das Volk draußen sage: ihr täuscht uns. Bisher: das einzige Motiv unseres Handelns sei die Vaterlandsliebe, nicht der Eindruck, den unser Handeln auf das Volk mache. Wir sollten nicht Sitzungen halten, damit nur deren gehalten werden. Aber wahr sei es, die Ueber der Ungebuld sei bis zu Plagen gespannt, so in Schwaben, von wo er kürzlich gekommen, so auch anderswo. Er wisse wohl, daß die Ausschüsse nicht feierten, während die Versammlungen ausfielen; aber man könnte auch sagen, es werde in den Ausschusssitzungen zu viel geredet. In diesen Tagen seien hier viel Fremde gewesen, welche wichtige Verhandlungen erwartet hätten. Sie machten bei ihrer Heimkehr eine Propaganda der Unzufriedenheit. Er wolle keine Vorwürfe, sondern Anträge machen, und zwar dahin, daß 1) nie ein Mitglied gleichzeitig in mehreren Kommissionen sitzen solle; 2) daß, in Erwägung, daß der Dienst des Vaterlandes ein reiner Gottesdienst sei, auch morgen, am Sonntag, eine Sitzung stattfinden. Benedey will von der Thätigkeit der Versammlung im abgelaufenen Monat nur zwei Beschlüsse gelten lassen, die er „thatsächliche“ nennt. Er tadelt das Schimpfen auf die Versammlung, nennt es, wenn es draußen geschieht, einen „Verrath an der deutschen Sache.“ Zum erstenmale, sagte er, stehen wir aufrecht als Nation. Wo wir wirklich gehandelt haben, können wir es verantworten. Aber handeln wir rascher, damit wir nicht überholt werden. Der Bundestag, der in der schleswigschen Sache uns vorausgeeilt ist, der in diesem Augenblicke eine Botschaft an den König von Sardinien gesendet hat, die uns den Krieg im Süden bringen kann, will uns, so scheint es wenigstens, in den Hintergrund stellen. Wer steht uns dafür, daß die Männer, die Jahre lang den Fuß auf dem Nacken des Volkes gehabt haben, jetzt für das Volk handeln? und es sind ja an der Spitze der Regierungen wie der Heere meist noch die alten. (D. V. A. Z.)

Der Entwurf deutscher Volksrechte, welcher einem Reichstags-Ausschusse zur Bearbeitung vorliegt, hat sich nach den Beschlüssen des letzteren nunmehr in folgender Weise gestaltet:

#### Grundrechte des deutschen Volkes.

Dem deutschen Volke werden nachstehende Grundrechte, welche der Verfassung jedes einzelnen deutschen Staates zur Norm dienen sollen, gewährleistet:

1. Freiheit des Bekenntnisses, vorbehaltlich der Bestrafung der Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, so wie vorbehaltlich aller staatsbürgerlichen Pflichten. Einer Anerkennung des Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. Für die Bekennung aller Religionen Gleichheit vor dem Gesetze. Es ist ausdrücklich die Bildung neuer Religions-Gesellschaften gestattet. (Das Verhältniß von Kirche und Staat betreffend.) Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Die Civilehe ist ausdrücklich aufzunehmen.
2. Die Wahl des Berufes, so wie der Bildung dazu im In- und Auslande, ist frei. Unentgeltlicher Unterricht auf allen öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der gelehrten Bildungs-Anstalten.
3. Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. Jeder darf Unterricht ertheilen und Unterrichts-Anstalten gründen.
4. Freiheit der Meinungs-Außerung durch Wort und Schrift. Die Pressefreiheit darf nicht mehr durch Censur, Concessionen und Cautionen beschränkt werden. Aburtheilung der Pressevergehen durch Schwurgerichte.
5. Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses unter geordneter Normirung der bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen.
6. Jeder Deutsche ist in Aufenthalt, Niederlassung, Erwerbung von Grundeigenthum, Gewerbebetrieb, Ausübung von Kunst und Wissenschaft, Gemeinde-Bürgerrecht an jedem Orte außerhalb seines Staates den Angehörigen eines anderen Ortes in dem betreffenden Staate gleichgestellt, bis demnächst durch die Reichs-Gesetzgebung ein gleichmäßiges (allgemein deutsches) Prinzip für diese Rechte aufgestellt werden wird. Jeder Deutsche ist Staatsbürger in Deutschland; als solcher kann er die politischen Rechte in jedem deutschen Einzelstaate, wo er seine feste Wohnung hat, ausüben. Die Aufnahme in den Staatsverband eines deutschen Landes darf keinem unbescholtenen Deutschen geweigert werden.
7. Abzugsfreies Auswanderungs-Recht.
8. Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung. Es sind hier die wesentlichen Punkte einer Habeas-corpus-Akte speziell anzuführen.
9. Das Recht der freien Bitte sowohl der Einzelnen als Mehrerer im Vereine und der Körperschaften.
10. Das Recht der Beschwerde zuerst bei den zuständigen Stellen, weiter bei den Landständen und endlich bei der Reichs-Versammlung.

(Fortsetzung in der Beilage.)



(Fortsetzung.)

11. Das Recht, sich ohne vorgängige Erlaubniß friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Volks-Versammlungen unter freiem Himmel können wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

12. Jeder Deutsche hat das Recht, Vereine zu bilden; dieses Recht darf keinen vorbeugenden Maßregeln unterworfen sein.

13. Gleichheit vor dem Gesetz. (Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetz.) Ein persönlich privilegierter Gerichtsstand soll nicht mehr bestehen. Gleichheit in Bezug auf die Fähigkeit zu allen öffentlichen Ämtern. Gleichheit in Bezug auf Wehrpflicht. Gleichheit der Besteuerung sowohl für Personen als für Sachen. Kein Stand als solcher kann politische Vorrechte besitzen. Die im Privatrecht begründeten Vorrechte einzelner Stände hören auf.

14. Ablosbarkeit aller gütlichen und schutzherrlichen Grundlasten, wenn der Pächter es verlangt. Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden, so weit es ein Ausfluß des Regales oder einer dinglichen Berechtigung ist. Das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden mit Vorbehalt eines eigenen Gesetzes darüber.

15. Allgemeine Bürgerwehr mit Verweisung auf ein allgemeines Reichsgesetz.

16. Trennung der Gerichtspflege und Verwaltung. Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den Staat; Aufhebung der Patrimonialgerichte. Unabhängigkeit der Gerichte. Unabsetzbarkeit der Richter außer durch Urtheil und Recht. Schutz gegen Verletzung wider Willen des Richters. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; Anklageverfahren und Schwurgericht, jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen. Herbeiziehung von Volksgenossen in den dazu geeigneten Fällen (Handels- und Fabrikgerichte, Gericht über landwirthschaftliche Verhältnisse etc.). Vollziehbarkeit der rechtlich festgestellten Urtheile deutscher Gerichte in jedem anderen deutschen Gebiete gleich den Erkenntnissen der Gerichte des eigenen Staates. Die Administrativ-Justiz ist aufzuheben, sie wird fortan nur durch die ordentlichen Gerichte ausgeübt. Um öffentliche Beamte für Handlungen ihrer Verwaltung gerichtlich zu verfolgen, ist keine vorgängige Erlaubniß nothig, mit Vorbehalt der Anordnungen in Betreff der Minister.

17. Freie Gemeinde-Verfassung mit Grundlage der Wahl der Gemeinde-Vorsteher und der Vertreter und der selbstständigen Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten mit der erforderlichen Öffentlichkeit.

18. Verfassung mit Volksvertretung in allen deutschen Staaten, mit entscheidender Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister gegen die Volksvertreter. Öffentlichkeit der Stände-Versammlungen.

19. Recht der nichtdeutschen Volksstämme Deutschlands zu vollstündlicher Entwicklung etc.

20. Beseitigung der Lehen durch die Particular-Gesetzgebung. Die Vergrößerung bestehender, so wie die Einrichtung neuer Familien-Idemissive ist untersagt; die bestehenden können durch Familienbeschluß aufgehoben und abgeändert werden.

21. Jedem Deutschen ist sein Eigenthum jeder Art gesichert. Eine Enteignung (Expropriation) kann nur aus Rücksicht des öffentlichen Nutzens und nur in der von der Gesetzgebung bestimmten Weise und nach einer gerechten vorgängigen Entschädigung vorgenommen werden. Güter-Confiskation darf nicht stattfinden.

22. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der deutschen Nation.

**Frankfurt, 16. Juni.** [Der demokratische Kongreß.] Die heutige Sitzung des demokratischen Kongresses begann um 10 Uhr Vormittags. In derselben hatte nach Verlesung des Protokolls Eszseken zuerst das Wort erhalten und stellte den Antrag, der Kongreß möge aussprechen, daß morgen noch eine Sitzung stattfindet, da die Nationalversammlung aus Furcht vor dem demokratischen Kongreß seit dem Zusammenritte des letzteren keine Sitzung gehalten und erst morgen wieder verhandelt. Der Präsident Fröbel erklärte darauf, der Kongreß werde so lange verhandeln, als er Stoff dazu habe, und sich durch keine Äußerlichkeit dazu bestimmen lassen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Es wurde nun der Berichterstatter Gottschall aufgefordert, die von der Commission erwählten Kreisorte anzugeben. Sie sind: Mannheim, Stuttgart, Bamberg, Wien, Köln, Frankfurt a. M., Marburg, Jena, Leipzig, Halle, Berlin, Breslau, Stettin, Königsberg, Hamburg. Der Kongreß verzichtete auf eine spezielle Diskussion und genehmigte den Commissionsantrag, was aber nicht ausschloß, daß über besondere Wünsche in diesem Punkte debattirt wurde. Besonders hob ein Mitglied die republikanische Gesinnung Altenburgs hervor, wo es nur eines Anstoßes bedürfe, um die Republik zu erklären. Nachdem einige andere Anträge dem Ressort des Central-Comité's überwiesen waren, schritt Bamberger zur Motivirung seines Antrages wegen Emancipation der Frauen für den demokratischen Verein. Nach einiger Debatte gewann die Versammlung die Ansicht, daß die demokratische Republik auch das Weib umfasse, also keiner besonderen Aufnahmeerklärung bedürfe, und aus gleichem Grunde wurde über den Antrag Löwenstein's, dem Militär den demokratischen Verein zugänglich zu machen, hinweggegangen. Bald darauf gelangte die Verhandlung zur Wahl der Zeitungsorgane für die demokratischen Vereine; es wurden gewählt: die Zeitungshalle in Berlin (deren Redacteur dem Abgeordneten Ascher

aus Berlin die Vortheile seines Blattes weitläufig auseinandergesetzt), die Rheinische Ztg. und die Mannheimer Abendzeitung, letztere aber nur so lange, bis die „Volkszeitung“ wieder erscheine. Auch Hecker's „Volksfreund“ war in Vorschlag, aber nur irthümlich. Der demokratische Kongreß kam bis zum Abgang der Post in seinen Verhandlungen zur Ablehnung eines Manifestes an die deutsche Nation, dagegen soll bei Veröffentlichung der Protokolle in der Einleitung der Zweck des Kongresses dargelegt werden. — Alle weiteren bis jetzt gestellten Anträge wurden durch Tagesordnung beseitigt. Es wird heute noch zur Wahl des Central-Comité's geschritten und dann der Kongreß geschlossen. (Leipz. Z.)

**Karlsruhe, 13. Juni.** Die heutige Karlsruher Zeitung enthält mehrere neue Gesetze; das erste betrifft die Eidesleistung auf die Verfassung und heißt im Art. 1: „Jeder Staatsbürger hat den Eid auf die Verfassung zu leisten, und zwar 1) die Offiziere und Soldaten mit dem Fahneneid; 2) die übrigen öffentlichen Diener mit dem Diensteid; 3) die andern Staatsbürger, wenn sie das 21ste Jahr zurückgelegt haben, mit dem Huldigungseid.“ Das zweite betrifft die Versugniß der Staats-Regierung, Orte oder Bezirke in Kriegszustand zu erklären; das dritte endlich die Fälle, in welchen über Truppen-Abtheilungen das Standrecht zu verhängen, nebst den Bestimmungen über das Verfahren sowohl bei ersterem als bei letzterem.

**Darmstadt, 16. Juni, 4 Uhr Nachmittags.** Ludwig II., Großherzog von Hessen und bei Rhein etc., ist heute Nachmittag um 5 Uhr an Entkräftung in Gott verschieden. Er war am 26. Dezember 1777 geboren und hatte am 6. April 1830 die Regierung angetreten. (Leipz. Z.)

Die Abgeordneten Zig, Mohr, Behlen und Grobe haben heute ihren Austritt aus der Kammer angezeigt und einen Protest gegen alle weiteren Beschlüsse derselben eingelegt.

**Mainz, 16. Juni.** [Anwerbung für Hecker.] Was ich Ihnen heute mittheile, klingt fabelhaft, und ist doch volle Wahrheit. Seit dem Pfingstdienstag wird hier für Hecker geworben, und besonders nennt man eine Weinwirtschaft, wo diese Werbungen ganz öffentlich betrieben werden sollen. Das Handgeld, welches den Angeworbenen geboten wird, soll nicht unbedeutend sein, und der Sold für den Tag 28 Kreuzer (einen Franc) betragen. Allgemein heißt es, Hecker und seine Anhänger hätten bedeutende Geldmittel aus Nordamerika erhalten und würden auch ferner kräftig unterstützt werden. Die Zahl der bis heute hier Angeworbenen wird auf einige Hundert angegeben, doch kann ich weder diese noch überhaupt die übrigen Angaben verbürgen; über die Sache wird hier in allen Kreisen gesprochen, und man sieht sie für ein öffentliches Geheimniß an. Aus guter Quelle wird mir übrigens versichert, daß gestern auf dem hiesigen Polizeiamte gegen 100 Pässe nach Straßburg erteilt worden sein sollen. (S. Z.)

**Leipzig, 18. Juni.** [Unruhen in Altenburg.] Heute Mittag 12 Uhr ward eines der hier garnisonirenden Schützenbataillone auf der Eisenbahn nach Altenburg geführt, dem gegen 3 Uhr Nachmittags noch eine Compagnie folgte. Reisende, die diesen Nachmittag von Altenburg kamen, schildern den Zustand dieser Stadt sehr bedenklich. In allen Straßen seien Barrikaden aufgeworfen und von allen Seiten strömten Scharen von Bauern nach der Stadt, mit Flinten, Senfen und Dreschkegeln bewaffnet. Die Communication zwischen der Stadt und dem Bahnhof war völlig unterbrochen und der letztere selbst mit großen Menschenmassen besetzt, welche den Abgang des Bahnzugs verhindern wollten, der aber demungeachtet abging. Unterwegs hörten die mit der Eisenbahn beförderten Reisenden ein ziemlich heftiges Feuern und glaubten daraus schließen zu müssen, daß die Bürgerwehr Altenburgs mit den Tumultuanten handgemein geworden sei. Das Militär war noch in einiger Entfernung von der Stadt aufgestellt, was auch mit einer Compagnie Linie der Fall war, die gestern Abend von Zwickau nach Altenburg gezogen war. (Leipz. Z.)

### Oesterreich.

**Wien, 17. Juni.** Der Kaiser wird den konstituierenden Reichstag nicht eröffnen. Eine ministerielle Kundmachung meldet, daß Se. Majestät erkrankt ist. Der Erzherzog Franz Karl wird als Stellvertreter alle Staatsangelegenheiten und Regierungsgeschäfte im Namen des Kaisers besorgen, am 19. Innsbruck verlassen, am 21. in Linz und am 23. in Wien eintreffen.

Von dem Telegraphen zu Kollin ist an den Minister des Innern folgende Mittheilung gelangt:

Der von Prag um 6 Uhr Abends abgegangene Zug 7 brachte nach Kollin die Nachricht, daß die Be-

schließung der Stadt seit 11 Uhr der vergangenen Nacht eingestellt und die Kapitulation eingeleitet sei. Die Barrikaden sollen schon größtentheils weggeräumt, für das Militär zugänglich und die Besetzung derselben zum Theil schon bewerkstelligt sein.

Die Entwaffnung der Studenten und des Volkes, mit Ausnahme der Nationalgarde, begann.

Der Kommandirende verlangt 14 von ihm bezeichnete Personen als Geiseln.

Der Brand in der Stadt ist gelöscht.

[Zwei kaiserliche Manifeste.] Der Kaiser hat ein Manifest an die Croaten und Slavonier erlassen. Se. Majestät sagt gleich Anfangs, daß sie sich in dem Gedanken durch Ausdehnung der constitutionellen Freiheit auf alle Einwohner zu einem innigen brüderlichen Verbande aufsumuntern, getäuscht. Sie zählt die Wohlthaten auf, die den Croaten und Slavoniern durch die Verbindung mit der ungarischen Krone zugegangen sei. „Seit 800 Jahren seid Ihr mit den Ungarn verbunden, während dieser ganzen Zeit hat sich die Legislation immer mit Achtung Eurer Nationalität gegenüber benommen; wie könntet Ihr daher glauben, daß dieselbe Gesetzgebung jetzt feindlich gegen Euer Muttersprache auftreten wolle, welche sie 800 Jahre hindurch immer beschützt hat? Und doch statt dessen, daß unter Euch die Gewährleistung Eurer Nationalität, und die Ausdehnung der constitutionellen Freiheiten mit brüderlicher Anerkennung empfangen worden wäre, haben sich Leute bei Euch gefunden, die statt Dank, Liebe und der Uns schuldigen Treue, die Fahne der nationalen Verdächtigung aufpflanzten, die Ungarn als Euer Feinde darstellten, und durch alle möglichen Mittel beide Nationen zu entzweien suchten; Leute, die jene Eurer Mitbürger, die Euch besser aufzuklären suchten, verfolgten, und durch Einschüchterung die Sicherheiten der Personen gefährdend, ihre Heimath zu verlassen zwangen.“ Es wird hierauf von dem königlichen Eide gesprochen, der über die Erhaltung der Integrität der ungarischen Krone abgelegt wurde, und der auch gehalten werden wird. Hierauf folgen alle Anklagen, die gegen Jellachich erhoben werden, als: daß er die Behörden und das Volk zum Ungehorsam aufgefordert, daß er alle diejenigen, die den Verband mit Ungarn aufrecht erhalten wollten, verfolgte, sie ihres Amtes entsetzte und das Standrecht gegen alle, die seiner politischen Meinung nicht huldigten, kundmachen ließ, daß er Kameral-Kassen eigenmächtig in Beschlag nahm, durch falsche Gerüchte gegen die Ungarn aufzuwiegeln suchte, allen Ermahnungen ungeachtet von seinem Treiben nicht abließ. Gegen den Baron Jellachich heißt es weiter, wird der Prozeß erhoben, und derselbe bis zu seiner selbstständigen Rechtfertigung seiner Bannwürde und aller Militär-Bediensungen entsetzt. Zum Schluß eine abermalige Aufforderung zur Treue an Fürst und Vaterland. — Auch an die Militärgrenzer hat der Kaiser in ähnlichem Sinne ein Manifest erlassen und denselben die Entschung des Banns Jellachich angezeigt.

**Wien, 18. Juni.** [Die Arbeiter. — Der Reichstag und Erzherzog Franz Karl.] Die Bewegung unter den Arbeitern ist noch immer nicht völlig beigelegt, obgleich gestern Nachts die bei den Schlachthäusern an der Schönbrunner Linie beschäftigten Arbeiterhaufen von der Nationalgarde einiger Vorstädte und der Ortschaften Hiezing, Agersdorf u. s. w. allmählig umzingelt und unschädlich gemacht wurden. — Die Wahlen gehen ihren Gang, doch glaubt man, daß der Reichstag kaum am 26. d. M. wird eröffnet werden können, da in den entfernteren Provinzen die Resultate der Wahlen bis dahin nicht bekannt sein dürften. Die böhmischen Wirren und die Haltung der Polen machen es mehr als wahrscheinlich, daß der Wiener Reichstag nur theilweise beschickt werden und keineswegs jene totale Wirkksamkeit entfalten wird, wie sie in der Absicht der Krone und vieler Wohlmeinender liegt. — Es macht einen schlechten Eindruck, daß der Kaiser, auf den die Prager Ereignisse eine sehr peinliche Wirkung geäußert haben sollen, jetzt nicht nach Wien kommt; dagegen trifft am 23. d. M. sein Bruder, Erzherzog Franz Karl, hier ein, um an des Monarchen Stelle den Reichstag zu eröffnen. Die Erzherzogin Sophie soll den Gedanken noch immer nicht aufgegeben haben, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen und da sich die Gefahr eines Sprunges in der Erbfolge gezeigt hat, jetzt doch ihren Gemahl selbst im Auge halten, weshalb wohl auch die Sendung desselben nach der Hauptstadt bewirkt ward, um damit zu beweisen, daß derselbe dem Kaiser an Entschlossenheit und Liebe zu den Wienern vorangehe.

\* **Wien, 19. Juni.** [Arbeiter. — Mörder der Fürstin Windischgrätz. — Trübe Nachrichten aus Agram.] Wir hatten gestern und heute



so ziemlich Ruhe. Die Arbeiter hatten sich beschwichsigen lassen. Die Hauptstadt ist mit den Balken beschäftigt. Eine Deputation aus Prag berichtet den Ausgang der dortigen Krisis. Der arrestirte Mörder der Fürstin Windischgrätz heißt Maur, und ist ein entlassener Jäger, der von den Cyrenen gedungen war, um diese Feiervelt zu üben. Er gesteht ganz trocken, daß er den tödtlichen Schuß dem Fürsten gemünzt. Der Fürst hat erklärt, sein Gewissen möge der Richter dieses Mörders sein. Er verlange keine andere Strafe. — Aus Ugram wird vom 17. gemeldet, daß sich Alles zu einem verzweifelter Widerstand rüstet, im Fall der Kaiser seinem Befehl, den Banus zu entsenden, Folge leistet. Alle Grenz-Truppen würden in diesem Falle in Masse nach Hause ziehn.

P. S. Nachmittags 2 Uhr. An allen Orten der Stadt wird Alarm geschlagen. Militär und Nationalgarden ziehen den gegen die Linien heranströmenden Arbeitern entgegen.

SS Pesth, 17. Juni. [Notenwechsel zwischen Grabovsky und dem Fürsten von Serbien. — Russische Umtriebe. — Anstrengungen von Seiten Ungarns.] Der Kommandant von Peterwardein, Feldmarschall-Lieutenant Grabovsky, hat die Brücke zwischen Peterwardein und Neufas ausheben lassen. An den Fürsten von Serbien hat Grabovsky eine Note gerichtet, in welcher er über das Einstürzen bewaffneter Serbier in das ungarische Gebiet, Aufklärung verlangte, da seines Wissens Österreich mit der Pforte im Frieden lebe. Der Fürst von Serbien gab darauf die Antwort, daß er, so viel in seiner Macht stehe, solchen Einfällen entgegenzutreten werde, soll aber zugleich die vertrauliche Anzeige gemacht haben, daß gegen 16,000 Serbier zu einem Einfall in Ungarn sich vorbereiten, welchen zu verhindern er (der Fürst) kaum mächtig genug sein würde. Das Geheimniß in der Sache scheint das zu sein, daß Österreichs übermächtiger Einfluß in Serbien die serbischen Freiheiten gegen den Willen der Pforte und des kaiserlichen Befehls begünstigt und selbst auslöst. Unser Hof scheint auch den russischen Umtrieben mehr als auf der Spur zu sein. In einer vom König und kaiserlichen Erzherzogen in Innsbruck unterzeichneten Proklamation an die Slavier und Serbier wird der Banus von Croatien, Baron Jelačić, als Hochverräter erklärt, und aller seiner militärischen und civilen Aemter und Würden entsetzt. Ein hier gefänglich eingekerkelter Emisär, Namens Kmetz, hatte vom Erzherzog Grafen Kolowrat die Mission, die Bauern slavischen Stammes in Ungarn auf die Ankunft der Russen vorzubereiten, als welche letztere den Coblenzern den Gubdbisß wegnähmen würden, um denselben unter den Bauern zu vertheilen. Es scheint Alles darauf anzukommen, ob der Banus und die übrigen Häupter sich unterwerfen, oder ob sie russischen Schutz anrufen. Die Ungarn machen nun die tiefenstehenden Anstalten, um die Integrität ihres Reiches zu behaupten. In der Schiffsverste zu Dien wird sogar an Kriegsschiffen gearbeitet. Die drei ungarischen Palatinal-Husaren-Regimenter sind bereits aus Böhmen auf ungarischem Boden angelangt und noch andere Truppen werden aus den österreichischen Provinzen erwartet. In äußersten Falle sollen über 200,000 Nationalgarden aufgerufen werden. — Der König hat bereits einen ungarischen Consul für Amst. d. m. ernannt. Unser Kriegsminister, Lubor Miklos, ist zum Generalmajor befördert worden. — Wie es in Italien stehen muß, geht wohl auch daraus hervor, daß unser Kriegsminister vom König den Auftrag erhält, Dalmatien durch einen Militär-Cordon vor italienischen Einfällen zu sichern.

\*\* [Kriegsschauplatz.] Aus Conegliano wird vom 1. Juni geschrieben, daß die Truppen des FML. d'Aspre ein Eisenbahnhoch zwischen Parua und Venedig zerstörten, um die Kommunikation mit Venedig, welches nur zu Land ganz blockirt wird, zu zerstören. Es herrscht seit zwei Tagen in Venedig völlige Anarchie. — Der Post-Kourier aus Verona mit Briefen bis zum 15. ist auf direkter Straße in Conegliano eingetroffen. Die Bauern im ganzen Venetianischen sind gut gestimmt und es herrscht überall Ruhe.

Triest, 15. Juni. In Folge der angekündigten Blockade der Stadt und Rhede von Triest wurde mit der gestern erfolgten Kundmachung Sr. Excellenz des Herrn Gouverneurs des österreichisch-illirischen Küstenlandes zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß diese Stadt und ihr Hafen in Belagerungszustand erklärt wurden.

## Frankreich,

\* Paris, 15. Juni. [Volksunterricht. — Thiers. — Eisenbahnfrage.] Rückfichtlich des Volksunterrichts lautet der betreffende Paragraph der neuen Verfassung folgendermaßen: „Der Unterricht ist frei unter der Gewährleistung der Gesehe und der Aufsicht des Staats. Diese Aufsicht dehnt sich auf alle Unterrichts-Anstalten ohne Ausnahme aus.“ Die Aufsicht will der Gesellschaft nicht behagen. — Thiers sitzt bereits an der Spitze des Finanzausschusses der Nationalversammlung

an der Seite seiner ehemaligen politischen Freunde aus der alten Kammer. — Die Eisenbahnfrage rückt mühsam vorwärts. Sämmtliche Verwaltungen der bestehenden Bahnen sind vor dem Ausschuss der National-Versammlung geladen worden und haben ihm (gesteht das Journal des Debats) erklärt, daß sie Staats-hilfe brauchen, wenn sie ihre Verbindlichkeiten erfüllen sollen.

\* Nationalversammlung. Sitzung vom 15. Juni. Prebois sollte heute seinen Antrag auf völlige politische Vereinbarung Algeriens mit Frankreich des Näheren entwickeln. Da ihn aber Krankheit von der Sitzung zurückhielt, so las Rancé in seinem Namen ein langes Memoria vor, dem Niemand Aufmerksamkeit schenkte. Cavaignac, Kriegsminister, der wahrscheinlich auch daraus nicht klug geworden, betrat dann die Bühne und fragte: „Versteht der Antragsteller völlige politische Gleichstellung der Kolonie mit dem Mutterlande, gleichmäßiges Stimmrecht nach der Kopfzahl u. s. w. darunter, dann bekämpfe ich seinen Vorschlag. Algerien ist ein Land, das noch seinen barbarischen Ursprung verräth, noch lange Zeit brauchen dürfte, ehe es sich den französischen Sitten akklimatisirt und für unsere heimischen Staats-einrichtungen reif sein wird. Frankreich darf seine Faust nicht vom Nacken Algeriens zurückziehen. Man bilde Algerien lieber zu einem selbstständigen Reiche (système de séparation), als es mit Frankreich politisch emancipiren zu wollen (système d'assimilation). Astouin und Pascal (aus Air) konnten sich von der Richtigkeit dieser Ansicht nicht völlig überzeugen und warfen dem ehemaligen Generalgouverneur geradezu vor, auch er wolle den alten Schandrian fortbestehen lassen. — Der Kommunist Pierre Leroux wich etwas von der Tagesordnung ab, indem er nicht nur die Liden der argerischen Bevölkerung, sondern die der ganzen Menschheit gestillt wissen wollte. — Goudchaux, der bekannte Bankier und frühere Hausfreund der „Reform“, fühlte sich durch die sozialistischen Expektorationen seines Kollegen ebenfalls zu einer Rede gedrungen, in welcher er das sozialistische Verfahren der provisorischen Regierung unbarmherzig geißelte.

Nachdem Favart den Kommissionsbericht über den Gesetzwurf hinsichtlich der Reform der Wahlen für die Munizipalkonseils und für die Departemental- und Bezirkskonseils vorgetragen hatte, verlas Präsident Senard einen Brief Louis Bonaparte's aus London, der folgendermaßen lautet: „London, 14ten Juni. Herr Präsident! Ich war eben im Begriff, mich auf meinen Posten zu begeben, da erfahre ich, daß meine Wahl beklagenswerthen Unruhen und unseligen Irrthümern zum Vorwande diene. Ich habe mich um die Ehre, Volksovertreter zu sein, nicht begeben, weil ich den ungerechten Argwohn kenne, dessen Gegenstand ich war; noch weniger würde ich nach der Regierungsgewalt streben. Wenn das Volk mir Pflichten auferlegt, so werde ich sie zu erfüllen wissen. (Bewegung.) Aber ich erkläre, daß ich mit allen Kräften nichts zu schaffen habe, die mir ehrgeizige Absichten unterlegen, welche ich nicht habe. Mein Name ist ein Symbol der Ordnung, der Nationalität und des Ruhmes, und es würde mir lebhaften Schmerz verursachen, wenn ich sich sollte, daß er dazu gebraucht würde, die Unruhen und Befürchtungen meines Vaterlands noch zu vermehren. Um ein solches Unglück zu verhüten, würde ich lieber im Exil bleiben; wenn es Frankreichs Wohl gilt, bin ich zu allen Opfern bereit. Haben Sie die Güte, Herr Präsident, meinen Kollegen von diesem Schreiben Kenntniß zu geben. Ich schicke Ihnen eine Abschrift von meiner Dankagung an die Wähler. Empfangen Sie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Louis Napoleon Bonaparte.“ Der Verlesung dieses Schreibens folgte eine lange anhaltende Bewegung. Dann bestieg der Kriegsminister, General Cavaignac, die Tribüne und sagte: „Bürger-Repäsentanten! Ein Mitglied der provisorischen Regierung bemerkte vor einigen Tagen, daß nur ein Mann noch nicht gesprochen habe. Dieses Stillschweigen ist nun gebrochen. Meine innere Aufregung erlaubt mir nicht, Ihnen vollständig auszudrücken, was ich denke. Darauf aber mache ich aufmerksam, daß in diesem Aktentück, welches eine historische Bedeutung hat, das Wort Republik nicht ausgesprochen ist. (Zeichen des Unwillens.) — Man ruft von allen Seiten: Es lebe die Republik! Ich beschränke mich darauf, der National-Versammlung dies Schreiben zur aufmerksamen Betrachtung, es der ganzen Nation zur aufmerksamen Betrachtung und zu dauerndem Gedächtniß zu bezeichnen.“ (Beifall und wiederholter Ruf: Es lebe die Republik!) Baudin protestirt seinerseits im Namen der Republik gegen die Kriegserklärung eines Präsidenten. (Bravo!) „Wir fürchten keinen 18ten Brumaire.“ (Zahlreiche Stimmen: Nein, nein! Er versuche es nur! er komme!) Anthony Thourer: „Wir fürchten keinen Präsidenten, aber es ist gut, daß man hier und in ganz Frankreich eifhrt, wie ein junger Thor auf einen wohlwollenden und hochherzigen Alt der National-Versammlung geantwortet. Es ist gut, daß es gesagt und laut gesagt werde: alle Anmaßungen jedwedes Präsidenten werden vor Ihrer Verach-

tung in Nichts zerfließen. (Allgemeine Zustimmung.) Ich betrachte die Pforte in dem Schreiben Louis Bonaparte's: „Wenn das Volk mir Pflichten auferlegt, so werde ich sie zu erfüllen wissen,“ als einen Aufbruch zur Empörung gegen die französische Republik. (Ja, ja!) Ich beantrage daher, Louis Bonaparte sofort für einen Verräther am Vaterlande zu erklären.“ (Ja, ja! Nein, nein! Tumult.) Minister Flocon: „Ich begreife die Aufregung der Versammlung nicht, einem einzelnen Individuum gegenüber, nachdem sie am 15. Mai solche Ruhe gezeigt hat.“ — Etienne Arago: „Es handelt sich um das Heil des Vaterlandes, um das Heil unser Aller.“ Der Präsident, unter großem Lärm: „Hören Sie doch, man bedroht Ihren Präsidenten. (Aufregung.) Meine Herren, hören Sie; während wir diskutieren, als ich anzeigte, daß dem Schreiben eine Abschrift der an die Wähler gerichteten Dankagung beigelegt sei, als ich mit mir zu Rathe ging, ob die sich entspinnde Diskussion nicht meinerseits die Vorlesung jenes Schreibens erheische, und als ich darüber mit mehreren unserer Kollegen sprach, ging mir eine Drohung zu (Bewegung), deren Urheber ich kennen lernen will. Man nehme ihn auf der Stelle fest und halte ihn zurück. Er soll erfahren, was eine Drohung gegen den Präsidenten der National-Versammlung zu bedeuten hat.“ Lantier: „Ich habe ihn so eben sicheren Händen übergeben lassen. Es ist ein gewisser Blum, Werkführer im Luxembourg.“ Der Präsident: „Ich fordere die Versammlung zu förmlichem Schweigen auf. Entrüstung muß sich hier durch Würde und Ruhe äußern. Man schreibt an mich: „Wenn Sie nicht die Dankagung an die Wähler lesen, so erkläre ich Sie für einen Verräther am Vaterlande;“ und das Billet ist unterzeichnet: August Blum, ehemaliger Zögling der polytechnischen Schule.“ Corbon: „D, das ist ein Verrückter, ein Wahnsinniger, ich kenne ihn.“ Bon allen Seiten: „Ja, ja, es ist ein Verrückter.“ Der Präsident: „Dieses Billet eines Blödsinnigen wurde mir aber so eben als das eines ehemaligen Beamten bezeichnet. (Das ist Sache des Polizei-Kommissars.) Aber ich sehe nun wirklich, und wir dachten es uns wohl Alle vorher, daß es das Werk eines Blödsinnigen ist, der auf eine Tribüne oder sonstwohin hier im Saale gelangte und jene Schrift einem dienstthuenden Bureau zuwarf, die sie mir brachte. (Man sende ihn in das Zrennhaus!) Die Versammlung hat Ersteres anzuhören; der Herr Kriegs-Minister hat das Wort.“ General Cavaignac: „Wenn diese Drohungen eine mögliche Gefahr verbürgen, so würden Sie das Gefühl einer Pflichterfüllung noch lebhafter machen; aber sie sind nur lächerlich; lassen wir sie beiseit. (Bravo!) Wenn ich meinen Worten, die ich sprach, als ich heute zuerst die Tribüne bestieg, nicht sogleich einen Antrag folgen ließ, so geschah es deshalb, weil ich, von dem Unwillen durchdrungen, der sich Ihrer Aller bemächtigt hatte, es nicht für passend hielt, die Versammlung zu unverzüglicher Beratung aufzufordern. (Bravo!) Auch jetzt werde ich keinen Antrag stellen. Ich kann die Versammlung nur auffordern, ihre Sitzung aufzuheben und morgen diesem Zwischensall weitere Folge zu geben.“ (Zustimmung.) Jules Favre: „Es herrscht in dieser Versammlung nur Eine Gesinnung. (Eine Stimme zur Rechten: das ist noch nicht ausgemacht. Man ruft dagegen: D, o!) Ich wiederhole es, und diejenigen, welche mich unterbrechen, legen sich sicherlich nicht Rechenschaft ab von dem Schimpf, den diese Unterbrechung der ganzen Versammlung zufügen kann (Bravo!); ich sage also, es herrscht in dieser Versammlung nur Eine Gesinnung, und dies ist das Gefühl der vom Kriegsminister ausgesprochenen Entrüstung. Als ihr siebentes Bureau Ihnen die Zulassung Louis Napoleon Bonaparte's als Volksovertreter vorschlug, da erhob sich kein Zweifel über die Bedingungen dieses Beschlusses. Wenn derselbe aber zwei Tage darauf eine unverschämte Herausforderung an die National-Souveränität ergehen läßt, so ist es unsere Pflicht, darauf zu antworten. (Bewegung.) Ich bin der Meinung, daß die Versammlung nicht auseinandergehen kann, ohne einen Beschluß angenommen zu haben, durch welchen sie erklärt, daß, wenn sie jedwedes Recht ehrt, sie eben so einstimmig auch allen dynastischen Prästendenten-Ansprüchen entgegentritt. Ich wiederhole, daß eine Untersuchung eingeleitet werden muß, so wie ein Anzeichen von einem Komplott da ist. Ich beantrage, daß das Schreiben und das beigelegte Dokument sofort den Händen des Justizministers übergeben werde.“ (Ja, ja! und große Aufregung.) Der Finanzminister: „Der ehrenwerthe Repräsentant, der so eben gesprochen, hat Ihnen gesagt, er habe, als er die Zulassung Louis Napoleon's vorgeschlagen, die Absichten dieser Person in Bezug auf die Republik nicht gekannt. Die Regierung aber kannte dieselben, obwohl sie nicht im Besitz hinreichender Beweise war, um darzutun, daß der Prinz für die Thatfachen verantwortlich sei, welche zu unserer Kenntniß gekommen. Ich fordere Sie aber auf, nicht unter dem Eindruck der Sie alle erfüllenden Entrüstung zu verharren. Einige Stunden Verzug, dabei ist keine Gefahr; ich halte dies für Ihrer würdig. (Ja, ja!) Kein Born, meine Herren, das bitte ich Sie, dies wäre zu viel Ehre.“



(Bravo! Auf morgen!) Pascal Duprat beantragt, die Versammlung solle indeß schon heute beschließen, daß die Adresse Louis Bonaparte's an seine Wähler unterdrückt werde. (Ja, ja! Nein, nein!) Element Thomas: „Man schlägt Ihnen vor, eine Diskussion auf morgen zu vertagen. Wenn die mir zugegangenen Nachrichten richtig sind, so werden Sie vielleicht morgen eine Schlacht zu kämpfen haben. (Bewegung in verschiedenem Sinn. Mehrere Stimmen: Desto besser! Ein Grund mehr, die Sache auf morgen zu vertagen! Ueberweisung an die vollziehende Kommission! Ein Mitglied: Nach seinem Schreiben ist Louis Bonaparte nicht mehr gefährlich!) Wir müssen uns morgen fertig halten, für die Diskussion und für die Schlacht. (Neue Aufregung.) Ich beantrage, daß Sie jedenfalls einstimmig erklären, es solle jeder Bürger, der es wage, die Waffen für die Sache eines vom Auslande besetzten Prätendenten des Despotismus zu unterstützen, für einen Väterlands-Verräther erklärt werden.“ (Zustimmung.) Etienne Arago: „Die Adresse an die Wähler ist seit einer Stunde in ganz Paris angeschlagen.“ Ein Mitglied: „Sie ist nicht an uns gerichtet, wir haben nicht davon Notiz zu nehmen.“ Es entsteht von neuem heftiger Tumult. Der Finanz-Minister bestigt die Tribüne, kann sich aber nicht vernünftig machen. Endlich bringt der Präsident mit folgenden Worten durch: „Ich glaube, daß die Versammlung es ihrer Würde schuldig ist, in der Ordnung ihrer Arbeiten nichts zu ändern. (Beifall.) Die Versammlung kann den Männern, denen sie die Sorge übertragen hat, über die öffentliche Sicherheit zu wachen, vollkommen vertrauen. (Ja, ja!) Legen wir nicht mehr Gewicht als nöthig auf einen Zwischenfall, der am Ende doch wohl weniger Bedeutung hat, als man ihm so eben auf der Tribüne geben wollte. (Ja, ja!) Ich halte also die Tagesordnung für morgen aufrecht. Ueberdies findet heute Abend, wie Sie wohl wissen, eine vertrauliche Zusammenkunft statt, in welcher wir über das, was die Versammlung eben beschäftigt hat, uns berathen können.“ (Ja, ja!) Finanz-Minister Duclerc: „Ich beantrage auch Vertagung auf morgen, und was die Schlacht betrifft, so seien Sie sicher, daß es dazu nicht kommen werden, und daß, wenn es dazu kommt, sie nicht gefährlich sein wird.“ Unter dem Ruf: Es lebe die Republik! wurde nun die Fortsetzung dieser Diskussion auf morgen vertagt.

\* Paris, 16. Juni. Der Moniteur bringt heute zwei Dekrete, von denen das Erste unter den gegenwärtigen Umständen wieder abgedruckt zu sehen seine Bedeutung hat. Er lautet: „Das Gebiet Frankreichs und seiner Kolonien, das den älteren Bourbonen laut Gesetz vom 10. April 1832 verschlossen, bleibt ebenfalls dem Louis Philipp und seiner Familie unterstellt.“ — Das Brod hat die beispiellose Wohlfeilheit von 20 Centimen für das Kilo. ramm erreicht. — Die Ausfuhr an den Rohstoffen aus Algerien stieg mit jedem Jahre. Während sie 1842 schon 461,241,199 Franken Werth erreichte, stieg sie 1848 bereits um die Hälfte.

\* [Sitzung vom 16. Juni] Die Anhänger Louis Bonaparte's scheinen sich wieder zu rühren. Mehrere Haupten bilden sich auf dem Revolutionsplatze, in deren Mitte stark diskutiert wird. Es ist sogar schon zu Prügeleien gekommen. Im Innern des Saales die größte Spannung. Um 1 Uhr eröffnete Senard die Sitzung. Die Ueberraschung war unbeschreiblich, als derselbe der Versammlung folgenden Brief vorlas: „London, 15. Juni 1848. Herr Präsident! Ich war stolz, in Paris und drei andern Departements als Volksvertreter gewählt worden zu sein. Es war dies in meinen Augen eine richtige Entschädigung für dreißig Jahre Verbannung (Exil) und sechs Jahre Gefangenschaft. Aber der bedrückende Verdacht (les soupçons injurieux) den meine Wahl hervorruft, die Ruhestörungen, denen sie zum Vorwande diente, die Feindseligkeit der Vollziehungsgewalt, legen mir die Pflicht auf, eine Ehre zu verweigern, von welcher man glauben könnte, daß ich sie durch Intrigue errungen. Ich wünsche die Ordnung und Aufrechterhaltung einer weisen, großen und einsichtsvollen Republik; da aber unwillkürlich (involontairement!) mein Name die Unordnung begünstigt, lege ich, ohne Bedauern (sans regret) meine Demission in Ihre Hände nieder. (Erfreuen und Aufregung im Saale.) Bald, hoffe ich, wird die Ruhe wieder hergestellt sein und mir erlauben, nach Frankreich zurückzukehren, als der einfachste (le plus simple citoyen) und auch der Ruhe und dem Wohlstande seines Landes ergebenste Bürger. Empfangen Sie, Herr Präsident u. s. w. u. s. w.“

(gez.) Louis Napoleon Bonaparte.“ Präsident Senard: die Wahl war noch anerkannt; sie war noch der Prüfung des Alters und Nationalbürgerrechts untergeordnet. Nichts desto weniger schlage ich vor, dieses Dokument dem Minister des Innern zu überweisen. (Allgemeine Beistimmung.) Eine Pause sonderbarer Aufregung folgte der Verlesung dieses Briefes. Die Ueberweisung desselben an den Minister des Innern ist genehmigt, damit er zur sofortigen Verordnung neuer Wahlen schreite. (Wir erfahren, daß der

Präsident obigen Brief dem bekannten Schriftsteller Frederic Biffault zur Beforgung anvertraute, der sich einige Zeit in London aufhielt und dasselbe erst gegen Abend 8 Uhr verlassen hat.) Somit ist der Versammlung ein schwerer Stein vom Herzen und sie schritt zur Tagesordnung. Die Verhandlungen sind ohne allgemeine Bedeutung. — In Betreff Algeriens wurde die von Lamoricière vorgeschlagene motivirte Tagesordnung: „Die Nationalversammlung erklärt die Besitzung (possession) Algeriens als eine ewige (à jamais),“ die Cavaignac, Kriegsminister, auch zur seinigen gemacht hatte, beschlossen und die Debatte somit beendet.

### Spanien.

\* Madrid, 10. Juni. [Eine friedliche Lösung der vormalig viel besprochenen spanischen Frage ist in Aussicht. — Vermischtes.] In den sogenannten gut unterrichteten Zirkeln der Hauptstadt unterhält man sich bereits ziemlich laut über den interessanten Zustand der Königin. Dieses Mal soll ihr hoffnungsvoller Zustand keine diplomatische Erwägung, sondern ein wirklich gesegneter sein. — Das Montpensier'sche Ehepaar befindet sich wohl und munter in Sevilla. — Cabrera ist nicht in Spanien, sondern noch in Toulouse. — In Ceuta sollte, gleich Sevilla, eine Militärevolution ausbrechen. Sie wurde aber durch Verrath vereitelt. — Vorige Nacht sind abermals 100 Personen bei den letzten Ereignissen verheiratet, aus Madrid forttransportirt worden.

### Großbritannien.

London, 15. Juni. [Ursache der Abreise des spanischen Gesandten.] Der spanische Gesandte, Herr Isturiz, ist gestern Abends nach Madrid abgereist. Das Blatt der Regierung wiederlegt auf das Bestimmteste alle sich daran knüpfenden Gerüchte von Krieg mit Spanien u. s. w. Es versichert, Hr. Isturiz sei keineswegs auf eine Weisung Lord Palmerstons abgereist, sondern aus eigenem Antriebe, weil er sich durch die Sendung Miraflores nach London verlegt fühle.

### Schweiz.

□ Zürich, 12. Juni. [Badische Flüchtlinge. — Biographie Tschech's.] Die gereizte Stimmung zwischen dem hiesigen Publikum und den hier lebenden Deutschen geht einer friedlichen Lösung entgegen und beide Theile fangen an, die Uebertreibungen, welche einerseits bis zur Aufforderung der Volks-Justiz ging, einzufügen, leider freilich erst, nachdem selbst einige hier studirende Waadtländer, die unbedacht hochdeutsch sprachen, gehörig unter die Stöße des rohen Pöbels gerathen waren. — Die Zahl der hier Asyl suchenden badischen Flüchtlinge aus der letzten Bewegung ist noch im Zunehmen begriffen, und durch ein Paar derselben wurde eine Ausscheidung im hiesigen deutschen Nationalvereine provoziert, indem 13 von 130 Mitgliedern austraten, welche Eristen der konstitutionellen Monarchie zugethan sind. Gestern nun wurde vom genannten Vereine ein Mitglied zu den sich in Marburg versammelnden demokratischen Vereinen abgeordnet, mit der Weisung, dort nöthigenfalls den zürcherischen Vereinen zu vertreten und bei seiner Rückkehr von den Marburger Verhandlungen Bericht zu erstatten. — Ferner dürfte man nicht ohne Spannung einem Werke entgegen sehen, das in den nächsten Tagen unter die Presse gehen soll und die Lebensgeschichte des Bürgers Tschech enthalten wird, welches seine seit einiger Zeit hier domicilirende Tochter verfaßt hat und herausgibt. So viel mir eine Einsicht des Manuscriptes gestattet war, ist dasselbe, wenn freilich nicht in fließender Sprache, doch nicht ohne Gemüth, und enthält Andeutungen auf die Mißgriffe der preussischen Bureaucratie, sofern sie in das Schicksal des Genannten eingriffen, sowie die Motive, welche Tschech zu der unheilvollen That drängten. — Schließend mögen Sie mir gestatten, die Worte hier beizufügen, welche ich von Schweizern wie auch Deutschen hieselbst zu hören schon oft Gelegenheit hatte, wenn politisirt wurde; diese heißen: „Respekt vor den Schleifiern!“ — Möchte Breslau und das gesammte Schlesien stets und in alle Zukunft auf der Hochwacht seiner politischen Interessen bleiben, damit dieser Ausruf noch manchen Landsmann erfreue, wie er — wenn ich ihn hörte — erhebend auf mein Gemüth wirkte.

### Amerika.

New-York, 30. Mai. In Yucatan hat das Blutvergießen von Neuem angefangen. In Hayti morden die Neger; ihre Rache trifft besonders die Mulatten. Auch ein Indianer-Releg ist ausgebrochen im Oregon-Gebiete. Die Indianer ermordeten den Missionar Whitman, seine Gattin und neun andere Personen. Präsident Polk hat beim Congresse sofortige Absendung von Truppen beantragt. Der Kandidat der Demokraten für die nächste Präsidenten-Wahl ist General Cass, früher Gesandter in Paris.

## Lokales und Provinzielles.

\* Breslau, 20. Juni. [Regierungs-Erlaß. Die Provinzial-Land-Feuer-Societät.] Nach einer Bekanntmachung der hiesigen Regierung sind von

mehrer Gemeinden in der letzten Zeit die Staatssteuern nicht in der gewöhnlichen Weise eingezahlt worden, weil sich der Glaube verbreitet hat, es würden die Steuern sehr bald entweder ganz erlassen, oder theilweise ermäßigt werden. Die Regierung macht nun auf diesen Irrthum aufmerksam und weist die Landräthe und Kreis-Steuer-Empfänger an, jede unbegründete Weigerung durch verstärkte, nöthigenfalls militärische Exekution zu beseitigen. —

Ein zweiter Erlaß schreibt einen Beitrag zur Kostendeckung der Provinzial-Land-Feuer-Societät in folgender Weise aus: vom Hundert der Versicherungssumme, in der ersten Klasse 6 Sgr. 6 Pf., in der zweiten 8 Sgr. 8 Pf., in der dritten 10 Sgr. 10 Pf. und in der vierten 13 Sgr. — Das Kataster der Societät enthielt zum 1. Jan. d. J. die Versicherungssumme von 96,143,600 Rthl. mit einem Beitrags-Simplum von 116,288 Rthl. 25 Sgr. 6 Pf.; die Katastersumme wird sich indeß durch die angemeldeten Ab- und Zugänge auf 80,345,290 Rthl. und das Beitrags-Simplum auf 99,393 Rthl. 18 Sgr. 8 Pf. ermäßigen. Es konnte daher die Ausschreibung eines 3/4fachen Beitrags-Simplums nicht umgangen werden. — Wie sehr sich die Ansprüche an die Societät in den jüngsten Monaten gesteigert haben, ergiebt folgende seit Januar d. J. gemachte Liquidation für Brandschäden im Januar 20,571 Rthl., Februar 28,472 Rthl., März 51,813 Rthl., April 55,767 Rthl. und Mai 91,922 Rthl.

\* Breslau, 20. Juni. [Adresse der militairpflichtigen jungen Leute an die National-Versammlung.] In einer gestern stattgehabten Versammlung der Militairpflichtigen, wohl 400 an der Zahl, wurde beschlossen, eine Adresse an die National-Versammlung in Berlin zu richten, des Inhalts, daß, da durch die Revolution vom März eine neue Grundlage für die Civil- und Militairgesetze gegeben worden, die in die Arme eintretenden nicht mehr nach der alten Eidesformel für die unumschränkte Monarchie vereidigt werden möchten. Die Petenten verlangen, bis zum Erscheinen der neuen Verfassung auf die vom Könige gemachten Verheißungen den Eid zu leisten.

\* Breslau, 20. Juni. [General-Versammlung von Handwerksmeistern.] Gestern fand die in den hiesigen Zeitungen mehrfach angezeigte Generalversammlung von Handwerksmeistern zur Reorganisation des Handwerksstandes im Lokale des Wintergartens statt. Die Versammlung war sehr zahlreich, nahe an 500 Personen. Ein großer Theil der Provinz war vertreten. Die höchst interessanten Verhandlungen, deren Mittheilung wir uns so lange vorbehalten, bis das für die Mitglieder als Manuscript gedruckte Protokoll ausgegeben sein wird, dauerten mit kurzer Unterbrechung von 10 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends. Die Haltung der Versammlung war dem Ernst der Sache durchaus angemessen. Der Handwerksstand wurde von Mitgliedern vertreten, die vermöge ihrer Einsicht und Beredsamkeit die Zierde jeder Volksvertretung sein würden. Den Vorsitz führten die Herren Schmiedemeister Rother, Bäckermeister Stadtrath Ludwig und Schneidermeister Löschburg. Es wurden 35 Anträge berathen und genehmigt. — Zuletzt vereinigte sich der größte Theil der Versammlung zu einem gemüthlichen Abendessen, das gewiß noch länger die Theilnehmer gefesselt hätte, wäre nicht durch das gegen 11 Uhr hereinbrechende Ungewitter Alles zum Ausbruch getrieben worden.

\* Breslau, 20. Juni. [Anfrage bei dem Ober-Präsidenten in Betreff der russischen Invasion.] In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins wurde die Frage über die bevorstehende russische Invasion zur Sprache gebracht. Seit Wochen und Monaten zirkuliren verbürgte und unverbürgte Nachrichten über das Vorrücken der Russen, und die Behörden, die eine authentische Aufklärung geben könnten, verhalten sich schweigsam. Wenn nun auch nicht anzunehmen sei, daß Rußland Deutschland erobern wolle, so liege doch klar zu Tage, daß es Gründe genug habe, feindselig gegen Deutschland aufzutreten, und seiner neuen Gestaltung Hindernisse in den Weg zu legen. Es sei keinem Zweifel unterworfen, daß russische Emissäre in diesem Sinne überall thätig sind und den Samen der Zwietracht ausstreuen. Die czechischen und slavischen Bewegungen seien lediglich ein Werk Rußlands. Der Czar sehe wohl ein, daß ein großes freies Deutschland eine gefährliche Nachbarschaft für Rußland sei und daß mit dem Sturze des Absolutismus in Deutschland und namentlich in Preußen und Oesterreich der eigenen Despotenherrschaft ein Todesstoß beigebracht werde. Die Gefahr sei um so drohender, als es selbst in unserm Lande eine Partei giebt, die in ihrem Parteinteresse sich nicht entblößen würde, die russische Freundschaft anzunehmen und mit deren Hüffe das alte Regiment herzustellen. (?) Wie dem aber auch sein mag, so leide jedenfalls der Verkehr unserer Provinz, namentlich sicher jetzt durch die verbreiteten und nicht widerlegten Gerüchte. In Erwägung dieser



Umstände wurde der Beschluß gefaßt, heute bei dem Ober-Präsidenten über den Stand der Dinge in Beziehung der russischen Invasion eine Anfrage zu machen. Die Antwort des Ober-Präsidenten wird man aber gewiß als zuverlässig ansehen dürfen, da es außer allem Zweifel ist, daß der Ober-Präsident und das Ministerium Camphausen in dieser Gelegenheit mit dem ganzen Volke auf einem Boden stehen. — Der Beschluß wurde mit großer Majorität angenommen.

### An die Buchdruckereien.

Das von uns durch Circular angezeigte Johannisfest findet am Sonntage den 25ten d. M. in angegebener Weise statt. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß auf vielseitigen Wunsch Montag darauf, am 26ten Vormittags 9 Uhr eine

### Berathende Versammlung der Herren Buchdruckereibesitzer Schlesiens

im Lokale des Café restaurant hiersebst, Karlsstraße Nr. 37, angesetzt ist, und laden wir, im eigenen Interesse der Herren zu möglichst zahlreicher Theilnahme hierdurch freundlichst ein.

Breslau, am 20. Juni 1848.

Die Breslauer Buchdruckergesellschaft.

### Stand der Feldfrüchte.

Fruchtbarer, wie seit einem Monate die Witterung ist, kann sie fast nicht sein, auch liegen die Wirkungen davon zu Tage. Getreide und Gras wächst beinahe zusehends. Am auffallendsten aber wird man dies an den Kartoffeln gewahr, denn seit mehr denn 50 Jahren, über welche meine Erinnerung hinaus reicht, wucherten sie nicht so und wuchsen so schnell in die Höhe. Werden sie der vererblichen Krankheit wieder entgegenwachsen, oder ist ihr freudiges Gedeihen ein Zeichen der wieder erlangten völligen Genesung? Wir hoffen und wünschen das Letztere. In wenigen Wochen werden wir Genüßigkeit darüber haben. Beim Getreide ist der Roggen die Frucht, von welcher wir uns einen weniger reichlichen Ertrag versprechen dürfen, wie von den andern Arten, und das aus zwei Gründen: einmal weil er dem Mehrtheile nach schon vom zeitigen Frühjahr an schwach und säuerlich stand, und zum zweiten, weil sich auf nicht unbedeutenden Landstrichen der Rost auf ihm zeigt, was zwar bei weitem nicht in dem Grade der Fall ist, wie vor zwei Jahren, was aber dennoch die Schüttung verkürzen wird, und dadurch vermehrt werden muß, daß seine Blüthe nicht ganz günstig war, weshalb auch seine Aehren voller Lücken sind. — Wenn ich diese vor Augen liegende Thatsache hier öffentlich anführe, so muß ich fürchten, man werde mir unredliche Absichten untergeschoben, wie ich dies ja schon in anderer Art erfahren habe. Da jedoch meine derartigen Ansichten und Mittheilungen sich stets nur auf Thatsachen und daraus gezogene Kombinationen stützen, so hat es sich hinterher fast allemal herausgestellt, daß ich ziemlich richtig gesehen hatte. Man glaubte mir vor zwei Jahren, wo ich das geringe Ergebnis der Ernte und die daraus entspringenden, vorzuziehenden Folgen bekannt machte, eben so wenig, wie vorigen Herbst, wo ich das Fallen der Getreidepreise vorausagte. Meine Absicht ist bei meinen Mittheilungen eine gute, und deshalb kann ich jedes Urtheil ruhig über mich ergehen lassen.

Dürfen wir uns nun aber gleich vom Roggen keinen allzureichlichen Ertrag versprechen, so ist deshalb nicht im entferntesten Theuerung zu fürchten, denn es fehlt bis jetzt nicht an Vorräthen aus dem überaus gesegneten vergangenen Jahre, und es wird der Ueberfluß, welchen die andern Getreidearten in Aussicht stellen, diese Lücke völlig ausfüllen. Der Weizen steht, mit wenig Ausnahmen, vortreflich. Gerste und Hafer überbieten sich gegenseitig an Ueppigkeit. Die Erbsen lassen nichts zu wünschen übrig und da außerdem, wie schon gesagt, die Kartoffeln einen hohen Ertrag gewähren werden, so wäre Theuerung ein Un Ding. Zwar haben wir freilich die Erndte noch nicht in den Scheunen, und sie kann noch von manchem Unfalle betroffen werden. So unter Andern ist das Jahr sehr zum Hagel geneigt, der schon viele Stuten vernichtet hat und noch mancher anderen Verderben bringen kann. Das ist aber, im Verhältnis zum Ganzen, nur unbedeutend und macht, wie die Erfahrung lehrt, wenig Eindruck. Wollte man eine Muthmaßung aufstellen, wie nach der Erndte ungefähr die Preise sein dürften, so ließe sich sagen, daß die vom Roggen eher steigen als noch mehr fallen und unter allen Umständen am höchsten sein werden. Sollten wir für den Weizen Ausfuhr bekommen, so würde für ihn dasselbe zu erwarten sein, ohne eine solche aber geht sein Preis gewiß noch herab. Die Gerste und der Hafer werden im vollen Sinne des Wortes wohlfeil werden und auch die Erbsen wird man sehr billig kaufen.

Wie aber steht es mit Raps und Rüben? — Aus zwei Ursachen gewinnen wir in diesem Jahre von

beiden ungleich weniger wie sonst. Zum ersten ist weit weniger angelaut und zum zweiten ist er auch nur theilweise gut gerathen; theilweise aber bringt er sehr wenig, was indess nur vom Rapse zu sagen ist, denn der Rüben giebt viel aus. Bleibt der Bedarf an Del der gewöhnliche, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Preise der Delaaten steigen werden. — Von weißem Klee samen wird man viel gewinnen, und es ist nur zu wünschen, daß für denselben in diesem Jahre eine günstigere Konjunktur kommen möge, als im vorigen. E.

Glogau, im Juni. [Schiedsmänner.] Der Geschäftskreis und die Wirksamkeit der Schiedsmänner im Departement des hiesigen Ober-Landes-Gerichtes (14 Kreise mit 728,133 Seelen) hat sich im Jahre 1847 wiederum erweitert. — Von 658 Schiedsmännern sind 8391 Streitigkeiten (253 mehr als im Jahre 1846) verhandelt und davon 7085 (281 mehr als im Jahre 1846) durch Vergleich erledigt worden. — Wegen Ausbleibens der Parteien sind 290 anhängig gemachte Sachen reponirt worden, nicht zu schlichten waren 963 und anhängig blieben am Jahreschluß 53 Streitsachen. Im Durchschnitt kommen auf einen Schiedsmann 11 verglichene Sachen und 1 nicht verglichene. — Zur Gesamtzahl der Einwohner verhält sich die Zahl aller bei den Schiedsmännern angebrachten Sachen wie 1 zu 87 und die Zahl der wirklich verglichenen wie 1 zu 103.

Reiße, 16. Juni. [Aufhebung der Freischulen.] In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordneten ist auf Antrag der Schulendputation die Aufhebung der Freischulen beschlossen worden. In diesem wichtigen Beschlusse liegt ein Fortschritt in der Humanität; er hebt die ungerechte Scheidung zwischen den Kindern einer und derselben Gemeinde auf; denn er will die bisherigen kleinen Parias der Gesellschaft nicht ferner vernachlässigen, sondern an dem besseren Unterrichte der Wohlhabenden Theil nehmen lassen. Er geht zu, daß die ärmere Bevölkerung durch die indirekten Lasten, von denen ein Theil dem Stadthaushalte gar sehr zu Gute kommt, verhältnißmäßig eben so viel zum Gemeinwohl beiträgt, als die wohlhabenden und somit ein Recht auf gleiche Beschulung ihrer Kinder gewinnt. — Freilich werden Manche wohl ein saures Gesicht machen, wenn ihre Kinder neben mangelhaft Bekleideten zu sitzen kommen werden; doch wird hoffentlich der Segen dieser Einrichtung so deutlich hervortreten, daß jede andere Rücksicht verstummen muß. (Überschl. B.-Fr.)

Breslau. [Personal-Chronik.] Bestätigt wurden: Die auf sechs Jahre gewählten unbesoldeten Rathmänner: Traugott Heiningen zu Neumarkt; Johann Laake zu Reichenstein; Friedrich Dufz zu Dblau, und Ferdinand Kirchner zu Rymptsch; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Stadtrat Friedrich Simon Joseph Ludwig zu Breslau; der bisherige Musiklehrer Franz Proche als Organist an der katholischen Pfarrkirche ad St. Crucem in Brieg; der bisherige Hüftelehrer Anton Hannig als katholischer Schullehrer in Schreibendorf, Kreis Habelschwerdt; der zehrerige Schul-Adjutant Wilhelm Heine als evangelischer Schullehrer in Klettendorf, Kreis Breslau; der bisherige Schul-Adjutant Johann Gottlieb Guckel als evangelischer Schullehrer in Mahlen, Kreis Trebnitz; der bisherige Schullehrer zu Skarsine, Ernst Friedrich Wilhelm Böhm, als evangelischer Schullehrer und Organist in Hochkirch, Trebnitzer Kreises; der Predigants-Candidat Karl Friedrich August Schlicht als zweiter Lehrer und der bisherige Erher Uffler als fünfter Lehrer an der Töchter Schule zu St. Maria Magdalena hiersebst. Der Intendantur-Rath Freyher von Funk ist zum interimist. Intendanten des 7. Armee-corps ernannt und nach Münster versetzt worden; der Intendantur-Assessor Krines vom 8. Armee-corps zu Koblenz ist hierher versetzt; der Proviantamts-Controleur Gregor zu Reisse ist mit Tode abgegangen; der Proviantamts-Gehülfe Reumann zu Berlin zum interimist. Controleur bei dem Proviantamt zu Reisse ernannt; und der Proviantamts-Gehülfe Ulrich vom Proviantamt zu Breslau als Magazinsgehülfe nach Saarbrücken versetzt worden. Der Kaufmann Karl Wilhelm Schwingen zu Breslau ist als Agent für die Stadt Breslau, an Stelle des zehrerigen Agenten Hertel, bestätigt worden.

Verzeichnis derjenigen Schiffer, welche am 19. Juni Glogau stromaufwärts passirten.

Schiffer oder Steuermann	Ladung	von	nach
Andrä aus Magdeburg,	Güter	Magdeburg	Breslau.
E. Dollin aus Neusalz,	dto.	dto.	dto.
G. Seiffert aus Pommerzig,	Maschinen	Berlin	dto.
G. Kern aus Krossen,	Güter	Stettin	dto.
B. John aus Krossen,	dto.	Berlin	dto.
G. Gräß aus Krossen,	dto.	dto.	dto.
F. Rednis aus Neusalz,	Tabak	Schwedt	dto.

### Inserate.

#### Bekanntmachung.

Öhnerachtet nach der Bekanntmachung vom 13. Mai d. J. dem Publikum die öffentlichen Badeplätze:

- 1) vor dem Nikolaithore an der Viehweide, dem Schießwerder gegenüber;
- 2) vor dem Oderthore, neben der Alau-Flussfiederei;
- 3) vor dem Ziegelthore am Holzplaz;
- 4) vor dem Dhlauerthore hinter der rothen Brücke,

zu Gebote stehen, nimmt doch das unerlaubte Baden an anderen nicht dazu bestimmten Plätzen auf solche Weise überhand, daß es den ausübenden Polizei-Beamten nicht möglich ist, überall rechtzeitig und Gefahr verhindernd einzuschreiten. Im Laufe der vergangenen Woche sind mehrere junge Leute leider die Opfer dieser verbotenen Handlungsweise geworden, die keinesweges lediglich ihren Grund in dem Mangel an Mitteln zur Bezahlung des an sich geringen Preises für das Baden hat.

Wir machen dies zur Warnung und mit der dringenden Bitte bekannt, durch Nichtachtung des polizeilichen Verbots sich nicht selbst der Gefahr des Ertrinkens auszusetzen und fordern insbesondere alle Eltern, Lehrer, Lehrherren und andere Vorgesetzte dringend dazu auf, mit aller Strenge darauf zu halten, daß ihre Pflegebefohlenen jenes Verbot nicht übertreten.

Breslau, den 19. Juni 1848.

Königliches Gouvernement und Polizei-Präsidium.

### An die Schlesischen Herrn Kollegen!

Durch Circular-Schreiben vom 30. April d. J. haben wir Ihnen unter Mittheilung der Statuten von der Gründung unseres Vereins Kenntniß gegeben und zur Theilnahme an demselben aufgefordert.

Ueber die Richtung unserer bisherigen Bestrebungen werden die bannen Kurzem erscheinenden besonderen Berichte das Nähere besagen. Die kurze Zeit des Bestehens unseres Vereins, die verschiedenen Vorarbeiten und Hindernisse im Allgemeinen, die beim Beginnen von dergleichen Unternehmungen zuvörderst zu überwinden sind, haben auch uns bedeutende, einflussreiche Erfolge bis jetzt noch nicht erzielen lassen. Sehr groß und weit ist das Feld, das zur Bebauung sich darbietet, dies bekunden die in massenhaften Adressen an höhere Stelle niedergelegten Wünsche unserer Kollegen aus allen Theilen der Monarchie. Hoffen wir das Beste! Fort und fort werden wir mit allen unseren Kräften bemüht sein, die uns selbst gestellte Aufgabe zu erfüllen. Gemeinschaftliches Wirken durch ein Anschließen des Einzelnen an die Vereine und der letzteren untereinander, ist vor Allem nothwendig, um dem gemeinschaftlichen Ziele näher zu kommen. — In dieser Beziehung vermessen wir aber zu unserem Bedauern diejenige rege umfangreiche Theilnahme von auswärts, die wir zu finden gehofft hatten. Vorschläge zu Verbesserungen, Beleuchtung specieller Uebelstände etc. sind uns bis jetzt höchst spärlich erst zugegangen und doch ist dies der einzige Weg, unsere Kräfte zum gemeinschaftlichen Handeln zu concentriren. Vertrauen können wir von vornherein nicht beanspruchen; wir wissen nicht, ob hinreichend befriedigende Erfolge dasselbe rechtfertigen werden. Das Gesetz gestattet uns re Vereinigung, es ist Ihnen dies bekannt; die Tendenz unserer Bestrebungen ist eine gute, wir wissen es Alle, und stehen uns specielle billigende Versicherungen unseres verehrten Chefs ausmunternd zur Seite.

Es ist nun an Ihnen, geliebte Kollegen, die alte mit Recht gerühmte Kollegialität, Gemeinsinn und wahrhaften Eifer für den Fortschritt lebhaft zu bethätigen! Mit Freuden bieten wir unserer Seite die Hand dazu.

Breslau, den 20. Juni 1848.

Der Schlesische Postbeamten-Verein.

Megelein. Polenz. Lehmann. Rupprecht. Moldenhauer.

Die hochherzigen Verfasser der Adresse an die Berliner aus Buzlau und andern Städten werden ersucht, abermals eine Dankadresse an diejenigen Berliner zu richten, welche

- 1) unsere Volksvertreter insultirt haben,
- 2) unser Staats-Eigenthum im Zeughaufe geplündert haben,
- 3) das Haus ihres Bürgerwehr-Anführers demolirt haben.

Wenn man die, durch nichts gerechtfertigte Niederbrennung der Artillerie-Werkstätte und der Eisengießerei in Berlin, beides Staats-Eigenthum und über eine Million an Werth am 19. März bedenkt, so kann man bei der Plünderung des Zeughauses nur mit Sorge das National-Eigenthum in solchen Händen wissen.

Mitwoch den 21. Juni, Versammlung des konstitutionellen Central-Vereins im Wintergarten Abends 7 Uhr. Berathung über die erste Kammer, die Wehrverfassung, Gemeindeordnung und die soziale Frage.



Mittwoch den 21. Juni 1848.

**Theater-Nachricht.**

Mittwoch den 21. Juni bleibt die Bühne wegen der Vorbereitungen zu der mit Donnerstag den 22ten d. M. beginnenden Abonnements-Verloosung geschlossen. — Das Theater-Bureau bleibt jedoch zum Verkauf von Loosen bis gegen Abend geöffnet.

Donnerstag den 22. Juni: „Die junge Pathe.“ Lustspiel in einem Aufzuge nach Schiller von Louis Angely. — Nach dem Lustspiele findet die Verloosung unter Aufsicht Königl. Polizeibeamten statt. Jeder Inhaber eines Loose erhält an diesen Abenden die Entreebilletts um die Hälfte des gewöhnlichen Preises, jedoch findet der Verkauf der so ermäßigten Biletts nur im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden gegen den Vorweis des Loose statt. Auch werden für diese drei Abende ausnahmsweise Parterre-Biletts im Bureau ausgegeben. An der Abendkasse treten die vollen Preise ein, ebenso sind Gallerie und Gallerieloge von der Ermäßigung ausgeschlossen, und erstreckt sich selbige nur auf die zur Verloosung kommenden Plätze.

Der Verwaltungs-Ausschuß des hiesigen Stadt-Theaters.

G. P. RY. z. F. 24. VI. XII.  
J. F. u. T. □.

**Verlobungs-Anzeige.**

Die von mir schon längst gewünschte Verlobung meines Sohnes, des herrschaftlichen Revierförsters Carl Krause aus Briesnig, Kreis Frankenstein, mit Theresia Wunderlich aus Grochau, zeige ich statt einer besondern Meldung allen mein-n auswärtigen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Krause, pensionirter Förster,  
in Briesnig bei Wartha.

**Verbindungs-Anzeige.**

Die heut vollzogene eheliche Verbindung unserer ältesten Tochter Ida, mit dem Hüttenfaktor Herrn Carl Augustini in Neuhammer, beehren wir uns, allen entfernten Verwandten und Freunden, statt jeder besondern Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Trachenberg, den 20. Juni 1848.

Schilling und Frau.

**Entbindungs-Anzeige.**

Die heute Mittag 1 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, geb. Weßky, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.

Pilsnig, den 19. Juni 1848.

v. Woyrsch,  
Kreis-Justiz-Rath.

**Entbindungs-Anzeige.**

Heute wurde meine liebe Frau, geb. Maske, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.

Trebnitz, den 19. Juni 1848.

Schiele, D.-L.-G.-Assessor.

**Entbindungs-Anzeige.**

Verwandten und Freunden die ergebene Anzeige, daß meine liebe Frau heute Morgen von einem munteren Knaben glücklich entbunden ist.

Strasburg, den 15. Juni 1848.

Dr. med. P. Silbermann.

**Entbindungs-Anzeige.**

Die heute Morgen um 8 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geb. Langenmayr, von einem Mädchen, zeige ich ergebenst an.

Waldenburg, den 19. Juni 1848.

Heimann, Pastor.

**Trauer-Anzeige.**

Tief gebeugt weinen am Grabe unsers guten Vaters, Waters, Schwieger- und Großvaters, des Kaufmann Joseph Suhauer in Jauer, dessen Ableben in Folge eines Lungenschlages in seinem 62ten Lebensjahre am 12. Juni d. J. plötzlich erfolgt ist.

Die Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**

Gestern Abend starb nach vielen Leiden unsere geliebte jüngste Tochter Clara, in einem Alter von 7 Monaten, an der Abzehrung, was wir entfernten Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, hierdurch anzeigen.

Waltisch a. D., den 20. Juni 1848.

Ernst Schmiedel nebst Frau.

Verein Bresl. ev. Lehrer d. 22 VI. Statuten. Hr. Herrfurth — Plan Jesu.

**Berichtigung.**

In der in der gestrigen Zeitung abgedruckten Verbindungs-Anzeige steht fälschlich Bries, statt: Gustav Brier, DLS.-Assessor, Anna Brier, geb. Nerlich.

Gegen zwei massive Wohnhäuser, im Innern der Stadt gelegen, im Verkaufspreise zusammen von 14000 Rthl. wünschte ich einen Gegentausch zu beabsichtigen, bestehend in einem Wohnhause mit Garten, oder auch eine Veräußerung im Umkreise von Breslau. Nähere Auskunft ertheilt portofrei:

das Commissions- und Agentur-Bureau von Alexander u. Comp., Oberstraße 10.

**Niederschlesische Zweigbahn.**

Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsen unserer 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 5prozentigen Prioritäts-Obligationen Litt. A. und B. können in den Tagen vom 1. bis 31. Juli d. J. entweder in Berlin bei dem Herrn E. J. Meyer, heilige Geistsstraße wohnhaft, oder bei unserer Haupt-Kasse hier selbst, gegen Aushändigung der Coupons unter Beifügung eines, die Nummern und den Geldbetrag enthaltenden, Verzeichnisses in Empfang genommen werden.

Glogau, den 18. Juni 1848.

Die Direction.

**Gasbeleuchtungs-Anstalt.**

Nachstehende Preisermäßigungen werden dem dabei theilhabenden Publikum zur gefälligen Berücksichtigung empfohlen:

- 1) der Preis der Schmiedeböhlen, die von Sachverständigen für Schlosser-, Nagel- und Land-Schmiede-Werkstätten als vorzüglich brauchbar befunden worden sind, ist von heute ab pro Tonne Grubenmaaß auf 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Silbergroschen festgesetzt;
- 2) der Preis vom abgelagerten Steinkohlentheer pro Centner auf Einen Thaler.

Außerdem empfehlen wir die aus kleinen Steinkohlen fabricirten sogenannten Kohlenziegel, welche sich zu Stuben-, Brat- und andern Ofen-Heizungen vortreflich eignen. Preis pro 100 Stück 6 Sgr.

Breslau, den 6. Juni 1848.

Direktorium der Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

**Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft**

(mit einem Grund-Kapital von 3 Millionen Gulden)

versichert zu äußerst billigen Prämien Kapitalien und lebenslängliche Renten, welche nach dem Ableben des Kontrahenten an seine Erben oder an den Inhaber der Police bezahlt werden.

Die Gesellschaft constituirte ferner Leibrenten, mittelst deren Personen, welche durch gewöhnliche Kapital-Anlagen keine, ihren Bedürfnissen entsprechende Revenüen erzielen würden, sich unverzüglich eine sichere und zugleich bequeme und angenehme Existenz verschaffen können. — Auf unfrankirte, entweder an die Direction der Gesellschaft in Frankfurt a. M. oder an deren Agenten gerichtete Briefe wird jede weitere Auskunft mit Vergnügen und Bereitwilligkeit ertheilt werden.

Der Direktor der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Löwengard.

**Erklärung und Aufforderung.**

Die Kleiderhändler Herren Wiener und Süskind erfreuen sich namentlich der Kundenschaft des hohen Adels beim Königl. Militär, ja sie wissen sich diese Kundenschaft auf eine Weise zu sichern, die wahrlich keiner der geehrten Kunden ahnt, grade aber dadurch die eigentlichen Militär-Schneider zu Grunde gerichtet werden. Dieselben lassen nämlich bei dem Abtheilungs-Schneider der hiesigen Königl. Jäger-Abtheilung arbeiten, und zwar für solche Spottpreise, wie wir keiner zu arbeiten im Stande sind, was dadurch leicht erklärlich wird, daß der gedachte Abtheilungs-Schneider nicht nur Unteroffizier-Gehalt bezieht, er und seine Gehilfen für Wohnung, Heizung und Pflege nicht sorgen dürfen, sondern auch ganz besonders weder Gewerbesteuer noch Servis zu zahlen haben, somit ist es auch unmöglich, für jeden noch so thätigen, jedoch mit Lasten und Ausgaben besetzten Bürger, mit obigen Kleiderhändlern zu concurriren, und kann es auch nicht mehr befremden, wenn Offiziere mit 2500 Rthl. Einkommen, ohne es zu wissen, die Arbeiten eines Kommis-Schneiders tragen. Wir fordern daher obenwähnten Herrn Abtheilungs-Schneider hiermit auf, bei seinen Berufsarbeiten zu bleiben, widrigenfalls wir uns genöthigt sehen, gerechte Beschwerde bei der betreffenden Behörde zu führen, damit derselbe zur Tragung gleicher Lasten angehalten werde. Die Herren Wiener und Süskind aber wollen sich künftig dieser gerügten Handlungsweise enthalten, damit nicht dies Gewerbe noch vollends zu Boden gedrückt und die Meister an den Bettelstab gebracht werden. Hoffentlich werden uns die neuen Gesetze vor solcher Unbill in der Zukunft schützen.

Mehrere hiesige Militär-Schneider.

**Schwimm-Anstalt am großen Wehre.**

Unsere Schwimm-Anstalt empfehlen wir sowohl Schwimmern als allen Denjenigen, welche das Schwimmen erlernen wollen. Gleichzeitig bemerken wir, daß die patentirten Vorrichtungen unserer Anstalt das Schwimmen nicht allein sehr erleichtern, sondern auch wie die Erfahrung lehrt, zum Vergnügen machen. Für unsere Schüler ist auch ein Bade-Platz eingerichtet.

Ed. Scholz, Fr. Schröder.

**Ein ländliches Etablissement,**

bestehend aus einem massiven Wohnhause, 6 Stuben, 1 Saal und andere Bequemlichkeiten enthaltend, dazu ein kleiner Hof mit Scheuer und Stallungen, umschlossen von einem kleinen Park und Küchengarten; — das Ganze zu einem ruhigen ländlichen Aufenthalt geeignet, ist sofort billig zu verkaufen oder zu vererbpachten, — vom Dominium polnisch Würbis bei Constadt. Auf Erfordern wird auch ein Stück Acker oder Wiese überlassen.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Haushälter Bischof,
2. Wohlöbl. Buchhandlung von Horwicz,
3. Herrn Aktuarius Fischer,
4. : Lieutenant Kober,
5. : Maurer Franz Ricka,
6. Wohlöbl. Anfrage- und Adress-Bureau,
7. Madame Auguste Weißbach,
8. Herrn E. Ragby,
9. : E. S. Cohn,
10. : Kaufmann D. Zimmerwahr,
11. : Schuhmacher Maske,
12. : Baron Stücker,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 20. Juni 1848.

Stadt-Post-Expedition.

**Zu verkaufen:** 1 fast neue kirchbaumene Einrichtung, bestehend in 1 Sopha, 6 Stühlen, 1 Tisch, 1 großem Trümeaur, 1 Goldrahm-Spiegel, 1 Damen-Bureau, 1 Schrank, 1 Waschtölette, 1 weithürigen birkenen Kleiderschrank, 1/2 Duzend Stühlen von Mahagoni, 2 dergl. Waschtöletten, 2 Gebett fast neuen Betten, Reuschstraße Nr. 56, im ersten Stock.

Ein Mädchen gebildeten Standes, die mit der Leitung und Pflege der Kinder sehr vertraut ist, auch der Führung der Hauswirtschaft sich bisher unterzogen hat, sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein baldiges Engagement. Nähere Auskunft ertheilt gütigst Hr. Konsistorialrath Kalk, Karlsstraße Nr. 18.

**Avis.**

Mehrfachen Anfragen zu begegnen, zeige ich hiermit ergebenst an, daß der erwartete Transporth ladirter Rind- und Roshäute nunmehr eingetroffen ist und finden die Herren Riemer und Sattler ein reichhaltiges Lager bei Pierre Henry, Kupfer Schmiedstr. 20.

Allen den verehrten Herren, welche mir bei der nahen Feuersgefahr (Kleine Groschen-gasse Nr. 32) so ausgezeichneten Beistand geleistet haben, sage ich hiermit den innigsten Dank. Werm. Wundarzt Schlipalins.

Ein neu gebautes Haus, zu dem circa 40 Morgen Acker gehören, in einer Stadt bei Namslau gelegen, in welchem die Gastwirthschaft nebst Spezerei-Handlung betrieben wird, ist unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen, und das Nähere in der Spezerei-Handlung Nikolaistr. Nr. 33 zu erfahren.

Eine Wittve gebildeten Standes, unmittelbar an der Schweidnitzer Stadtgraben-Brücke wohnhaft, wünscht bald 2 Knaben in mütterliche Pflege und Aufsicht zu nehmen, denen zugleich ein Garten und ein Flügel zur Benützung freisteht. Nähere Auskunft ertheilen Herr Probst Heinrich und Herr Senior Krause, Kirchstraße Nr. 23.

**Omnibus.**

Sehr bequemes und billiges Reisen: Von Krotoschin nach Breslau Sonntag und Dienstag.

Von Breslau nach Krotoschin Montag und Donnerstag.

Die Abfahrt geschieht gegen Abend. Dauer der Reise circa 12 Stunden.

Anmeldungen in Krotoschin bei J. J. Löwy und Comp., Zduners- und Fürstengraben-Gäß; in Breslau, Karlsplatz Nr. 3, Pockhof, bei Herrn L. Stark.

Elisabethstr. Nr. 1, eine Treppe, ist ein möblirtes Zimmer zu vermieten.

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben, in Breslau bei Schulz und Comp., Alt-bürgerstraße Nr. 10, an der Magdalenenkirche: **Constitutioneller Morgenstern**, das ist ein Vorschlag zu einer gerechteren und mehr als genügenden Besteuerung des preussischen Landes. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr.

**Die Umgestaltung der deutschen Volksschule**, ein Wort zur Beherrschung für das deutsche Volk, von J. Jofisch. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr.

**Schick's weiter!** Ein Schlüssel zu den politischen Bewegungen der Gegenwart für den deutschen Landmann. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. **Deutschlands rechtsgeschichtliche Spaziergänge**, dessen geistliches Unrecht und Michels Mauthschellen-Dusel und endliches Erwachen. Politisch-humoristische Rede an das deutsche Volk, von H. Windwart. 1 Sgr.

**Öffentliche Bekanntmachung.**

Den unbekannten Gläubigern des am 2. Januar 1847 zu Rothkirch bei Liegnitz verstorbenen Freiherrn Friedrich Carl Heinrich von Rothkirch und Panthen auf Kampersdorf und Rothkirch etc. wird hierdurch die bevorstehende Theilung der Verlassenschaft bekannt gemacht mit der Aufforderung, ihre Ansprüche binnen drei Monaten anzumelden, widrigenfalls sie damit nach § 137 und folg. Tit. 17, Th. I. Allgem. Landrechts an jeden einzelnen Miterben, nach Verhältniß seines Erbtheils werden verwiesen werden.

Breslau, den 7. April 1848.

Königl. Pupillen-Kollegium.

Starke.

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe der hier unter Nr. 6 der Neuen Junkernstraße belegenen, den Brantweinbrenner Stephan Reichelt'schen Erben, nämlich: der Wilhelmine Auguste verewitteten Reichel geborenen Gräber und deren beiden Töchtern Louise Emilie Wilhelmine und Emilie Wilhelmine Pauline, Schwestern Reichelt gehörigen, auf 13,265 Rthl. 6 Sgr. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den

29. Septbr. 1848 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Assessor Wendt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Laxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zugleich werden zu diesem Termine alle unbekanten Realprätendenten, so wie der Vorbesitzer Heinrich Helmich zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 3. März 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier am Ringe Nr. 35 belegenen, der verw. Kaufmann Rager, Caroline Eleonore, geb. Habers fern, gehörig, auf 16,259 Rthl. 29 Sgr. 3 Pf. geschätzten Hauses, haben wir einen Termin auf

den 27. Dezember, Vorm. 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadt-Gerichtsrath Schmiebel, in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Laxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 20. Mai 1848.

Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

**Bekanntmachung.**

Es wird beabsichtigt, die Beschaffung des circa 1000 Klaftern betragenden Bedarfs an weichem Brennholz für die hiesigen Kasernen, Wachen, das allgemeine Garnison-Lazareth etc. pro 1849 im Wege eines Submissions- und Licitations-Verfahrens zu bewirken und wird hierzu ein Termin auf den

26. d. M. Vormittags 10 Uhr

in unserm Geschäfts-Lokal, Kirchstraße Nr. 29 anberaumt.

Indem wir Lieferungs-lustige hierdurch einladen, ihre schriftlichen Offerten versiegelt vor Eröffnung des Termins an uns abzugeben und zu diesem selbst zu erscheinen, bemerken wir, daß die der Lieferung zum Grunde gelegten Bedingungen vorher täglich bei uns eingesehen werden können.

Breslau, den 15. Juni 1848.

Königliche Garnison-Verwaltung.

**Aufforderung.**

Die verewittete Kaufmann Gebhardt, Wilhelmine geborene Grost, welche von hier vor zwei Jahren nach Königsberg, von dort jedoch bald wieder verzogen und sich seitdem in mehreren Städten Schlesiens angeblich nur besuchsweise aufgehalten, fordere ich hiermit wiederholt auf, mir ihren festen Wohnort anzuzeigen.

Breslau, den 20. Juni 1848.

J. E. Rase, Wurf-fabrikant, Neumarkt 35.

Offenes Unterkommen für einen Wirthschafts-Stellen oder auch für einen Wirthschafts-Schreiber.

Tralles, Messergasse Nr. 39.



Von Johannis d. J. ab sollen, wie schon unterm 4. d. M. angekündigt worden, mehrere Vorwerke der freien Standesherrschaft Plesch verpachtet werden. Diese Vorwerke sind:

- 1) Die Vorwerke Miserau, Mittehof, Kleinhof, Staude und Heinrichshof, mit ca. 2189 Morgen Acker, 691 Morgen Wiesen, 1494 Morgen Leide zc.
- 2) Das Vorwerk Sussel, mit ca. 839 Morgen Acker, 321 Morgen Wiesen, 447 Morgen Leide.
- 3) Das Vorwerk Kreuzdorf, mit ca. 469 Morgen Acker, 220 Morgen Wiesen, 119 Morgen Leide zc.
- 4) Das Vorwerk Timmendorf und Ludwigshof, mit ca. 1520 Morgen Acker, 119 Morgen Wiesen, 7 Morgen Leide.
- 5) Das Vorwerk Nieder-Vorin und Jaschkow, mit ca. 683 Morgen Acker, 99 Morgen Wiesen, 24 Morgen Leide zc.
- 6) Vorwerk Konkau, mit ca. 236 Morgen Acker, 88 Morgen Wiesen, 82 Morgen Leide.
- 7) Vorwerk Kobier, mit ca. 627 Morgen Acker, 199 Morgen Wiesen, 136 Morgen Leide.
- 8) Vorwerk Garkow, mit ca. 572 Morgen Acker, 136 Morgen Wiesen, 174 Morgen Leide zc.
- 9) Vorwerk Byrow, mit ca. 1041 Morgen Acker, 378 Morgen Wiesen, 202 Morgen Leide zc.
- 10) Die Vorwerke Lendzin und Jaroschowitz, mit ca. 1577 Morgen Acker, 591 Morgen Wiesen, 1074 Morgen Leide zc.
- 11) Vorwerk Urbanowik und Schäferlei Swierczyniek, mit ca. 1142 Morgen Acker, 515 Morgen Wiesen, 544 Morgen Leide zc.
- 12) Vorwerk Blassowik incl. Schäferlei und Bruner Leichvorwerk, mit ca. 1183 Morgen Acker, 365 Morgen Wiesen, 190 Morgen Leide.

Die Verpachtung erfolgt auf 9 Jahr und im Wege der Licitation. Termin dazu steht am 26. d. M. loco Plesch an. Die generellen Pachtbedingungen liegen inzwischen zur Einsicht bei Herrn Kommerzienrath Ruffer in Breslau und im Bureau der unterzeichneten Direktion hieselbst. Plesch, den 9. Juni 1848.

Freistandesherliche Deconomie-Direction.

#### Jagd-Verpachtung.

Zur anderweiten Verpachtung der niedern Jagdgerechtigkeit auf den zum Verwaltungs-Bezirk der Oberförsterei Schöneiche gehörigen Feldmarken 1) Geissendorf und 2) Raudten steht ein öffentlicher Bietungs-Termin auf den 3. Juli d. J., von 11—12 Uhr Vormittag, in dem königl. Oberförster-Stablisement in Schöneiche an, zu dessen Wahrnehmung Pachtlustige hiedurch eingeladen werden.

Trebnitz, den 16. Juni 1848.

Der L. Forstmeister Wagner.

#### Jagd-Verpachtung.

Zur anderweiten Verpachtung der niedern Jagdgerechtigkeit auf den zum Verwaltungs-Bezirk der Oberförsterei Bobiele gehörigen Feldmarken:

- 1) Groß- und Klein-Saul,
- 2) Sierakowe (Dorf) und Maffel,
- 3) Stadt Rawicz, Sczymanowo und Polnisch-Damme

steht ein öffentlicher Bietungs-Termin auf den 30. Juni d. J., von 10—12 Uhr Vormittag, in dem Gasthose zum grünen Baum in Rawicz an, zu dessen Wahrnehmung Pachtlustige hiedurch eingeladen werden.

Trebnitz, den 16. Juni 1848.

Der L. Forstmeister Wagner.

#### Edictal-Vorladung.

Ueber das Vermögen des Ressourcen-Deconomen August Birken zu Reiffe ist am 7. Februar d. J. der Konkurs-Prozess eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche an die Konkurs-Masse steht am 30. September d. J. Vormittags um 10 Uhr vor dem Herrn Oberlandes-Gerichts-Assessor Hesse im Parteienzimmer des unterzeichneten Gerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

Reiffe, 30. Mai 1848.

Königliches Fürstenthums-Gericht.

### Poudre Fèvre,

oder

### Selterwasser-Pulver.

Das Original-Packet zu 20 Flaschen berechnet, kostet 15 Silbergrößen, wonach die Flasche auf 9 Pf. zu stehen kommt, ist wieder zu haben Albrechts-Strasse Nr. 11, bei P. L. Goldner, früher A. Wolff.

Eine gut eingerichtete Bäckerei nebst Back-Utensilien ist bald oder zu Term. Johannis d. J. unter soliden Bedingungen zu vermieten vom

Bäcker-Meister Lange, zu Markt Bohrau.

#### Edictalladung.

Nachdem in Folge eingetretener Insolvenz-Erklärung zu dem Vermögen des Inwohners und Strumpfwirker Friedrich August Kindermann zu Wiltzen, der Concurs-Prozess zu eröffnen gewesen; als werden alle bekannte und unbekannte Gläubiger vorgedachten Kindermanns so wie Alle, welche an denselben und nunmehr an dessen Concurs-Masse aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche zu haben vermeinen, hiermit öffentlich und peremptorisch vorgeladen

den siebzehnten Juli 1848,

als dem festgesetzten Liquidations-Termin, zu rechter früherer Gerichtszeit an gewöhnlicher Gerichtsstelle zu Wiltzen persönlich oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte bei Strafe des Ausschlusses und bei Verlust ihrer Ansprüche, so wie der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu erscheinen, ihre Forderungen und Ansprüche gehörig anzumelden und zu beschreiben, mit dem bestellten Rechtsvertreter hierüber, sowie wegen des etwaigen Vorzugsrechtes unter sich binnen sechs Wochen zu verfahren und zu beschließen, hiernächst

den ein und dreißigsten Juli 1848,

der Bekanntmachung eines Präclustobescheides in Betreff der Richterschiedenen sich zu versehen, sodann

den ersten September 1848

der Inrolation der Akten und deren Versendung nach rechtl. Erkenntnis und

den sechsten November 1848

der Publikation eines Locations-Arteils oder nach Befinden Bescheides zu gewärtigen. Uebrigens haben auswärtige Gläubiger zur Annahme künftiger Zufertigungen und Erlasse gehörig legitimirte Bevollmächtigte zu bestellen.

Wiltzen mit Jagersdorf, 31. Jan. 1848.

Domstiftliche Gerichte

durch

Hensel, Vice-Justitiar,

in Vertretung.

#### Schaf-, Pferde- und Rindvieh-Verkauf.

Auf dem stadtpfarreilichen Vorwerke Schilde bei Reiffe werden

250 Stück vollkommen gesunde, wohlgenährte Schafe,

7 Stück Ackerpferde und

19 Stück Zugkühe mit einem Bullen

den 27. Juni d. J., von Morgens 9 Uhr ab, an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Reiffe, den 6. Juni 1848.

Polenz,

fürstbischöflicher Stifts-Assessor,

im Auftrage.

#### Wein-Auktion.

Am 22. Juni, Vormitt. 10 Uhr, soll in Nr. 41 Karlsstrasse wiederum eine Partie feiner Rhein-, Roth-, Champagner- und Madeira-Weine

versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 22. Juni, Nachm. 2 Uhr, sollen im Lühbber'schen Speicher in der Nikolai-Vorstadt 4 Getreide-Reinigungs-Maschinen, mehrere Hohlmaße, Siebe, Mützen, 2 Dezimalwaagen mit Gewichten zc.,

und demnächst und zwar um 4 Uhr Nachm. Ring Nr. 6: 4 Comtoirpulte, 1 Schrank, 2 Zählische, 1 eiserne Kasse und verschiedene andere Comtoir-Utensilien versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

In der Leipziger Bäckerei ist täglich früh 8 Uhr warmer Speck- und Zwiebelsuchen zu haben.

W. Bernhardt, gr. Grosseingasse 3.

### Matjes-Heringe

empfang eine neue Sendung und empfiehlt billigt:

Carl Rathstock,

Dhlauerstrasse 62, neben der Dhlaubrücke.

Mädchen, im Weisnäben geübt, und welche es unentgeltlich erlernen wollen, können sich melden Engelsburg Nr. 2, eine Stiege.

Frühen

### Gebirgs-Simbeerjaft und Kirschaft,

in Flaschen à 10 und 5 Egr., empfiehlt:

E. G. Schwarz, Dhlauer-Strasse Nr. 21.

Reine trockene Thierknochen

kauft fortwährend im Ganzen wie im Einzelnen: Moritz Werther,

Dhlauer-Strasse 8, im Rautenfranz.

Vor dem Schweidnitzer Thore, in Gabis Nr. 31, ist eine freundliche Wohnung, bestehend aus Stube, Alkove, Küche und Beigelaß sofort zu vermieten. Dieselbe eignet sich besonders zum Sommerquartier.

Eine Wohnung von drei Stuben, Küche nebst Beigelaß ist zu vermieten und Johannis zu beziehen: Ritterplatz Nr. 7 bei Buchs.

Albrechtsstrasse Nr. 39

ist im ersten und zweiten Stock eine Wohnung zu vermieten.

Neue Taschenstrasse Nr. 6 c

ist Termin Johannis die Hälfte des ersten und dritten Stockes zu vermieten. Das Nähere beim Wirth dafelbst.

Im Verlage von Graß, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist erschie-

nen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Ziegler:

## Die Dichtkunst und ihre Gattungen.

Ihrem Wesen nach dargestellt, und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Mustersammlung erläutert

von

August Knüttell,

Prediger an St. Barbara zu Breslau.

Mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.

Zweite, verbesserte und vermehrte Ausgabe. gr. 8. broch. 1 1/2 Thlr.

### Weiß-Garten.

Heute Mittwoch Großes Abend- und

## Nacht-

### Doppel-Konzert,

ausgeführt von dem Musikchor des 11. Inf.-Regiments, und der Breslauer Musikgesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree à Person 2 1/2 Egr.

### Im Glashause

kann täglich zu Abend gespeist werden.

Mittwochs gemengte Speise.

## Humanität.

Heute, Mittwoch den 21. Juni Konzert. Anfang 4 Uhr.

### Gutspacht-Gesuch.

Ein Vorwerk mit bequemer Wohnung oder ein kleines Rittergut in Niederschlesien oder der Oberlausitz wird bald zu pachten gewünscht. Diesfällige Offerten werden unter der Adresse „D. A. H. Groß-Glogau“ per Post erbeten.

### Horn-Konzert,

von dem Musik-Chor der 6. Artillerie-Brigade, findet jeden Montag, Mittwoch und Sonnabend auf dem Weidenbamme statt, wozu ergebens einladet: Schlenfog.

### In Fürstengarten

sind für diesjährige Sommerfaison noch mehrere sehr freundliche Wohnungen, nebst Stallung und Wagenplatz zu zeitgemäß billigen Preisen zu vermieten.

A. Ziegler.

Zur Erholung in Pöpelwitz, heute Mittwoch den 21. Juni, gut besetztes Trompeten-Konzert. Entree für Herren 2 1/2 Egr., Damen 1 Egr., wozu ergebens einladet: Schröter.

Drei Oleanderbäume und ein acht vergoldeter Mococo-Lehnstuhl sind zu verkaufen: Heiligegeiststrasse Nr. 15 im zweiten Stock.

### Als Garçon-Quartier

sind Schweidnitzerstrasse Nr. 37 zwei Zimmer nach der Straße gelegen, zu vermieten. Das Nähere dafelbst beim Wirth.

Wohnungen von 25 bis 40 Rthlr. sind Weißgerbergasse zu beziehen. Das Nähere Herrenstrasse Nr. 18, 2te Etage.

Dhlauer Strasse Nr. 75 sind im 2ten Stock zwei elegant möblirte Zimmer und Kabinett, zusammen oder einzeln zu vermieten.

### Zwei Zimmer

sind sofort zu vermieten: am Ringe Nr. 48 (Rathmarkt) zwei Treppen.

Breslau, den 20. Juni 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Cours: Holl. Rand-Dut. 96 1/2 Br. Kaiserl. Dut. 96 1/2 Br. Friedrichs'or 113 1/2 Gld. Louisd'or 112 1/2 Gld. Poln. Courant 88 1/2 Br. Dester. Bankn. 88 1/2 Gld. Staats-Sch. Sch. per 100 Rtl. 3 1/2 % 68 1/2 Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4 % 88 1/2 Gld., neue 3 1/2 % 74 Gld. Schles. Pfandbr. à 1000 Rtl. 3 1/2 % 89 1/2 Br., Litt. B. à 1000 Rtl. 4 % 89 Br., 3 1/2 % 76 1/2 Br. Alte polnische Pfandbriefe 4 % 83 1/2 Gld., neue 83 1/2 Gld. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidniz-Freiburger 4 % 70 Gld. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 % 72 Gld., Litt. B. 72 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 61 1/2 Br. Rdn-Mindener 3 1/2 % 65 1/2 Gld. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 32 1/2 Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. Dut. 96 1/2 Br. Friedrichs'or 113 1/2 Gld. Louisd'or vollw. 112 1/2 Gld. Poln. Papiergeld 88 1/2 Br. Dester. Bankn. 88 1/2 u. 1/2 bez. u. Gld. Staats-Sch. Sch. 3 1/2 % 68 1/2 Br. Seehandlungs-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 83 1/2 Gld. Bresl. Stadt-Obliq. 3 1/2 % 92 Br. Pos. Pfandbriefe 4 % 89 Gld., 3 1/2 % 74 1/2 u. 1/2 bez. Schles. Pfandbr. 3 1/2 % 89 1/2 — 1/2 bez., Litt. B. 4 % 89 Br., 3 1/2 % 76 1/2 Br. Poln. Pfandbr. 4 % alte 84 Gld., 4 % neue 84 bez. u. Gld. — Eisenbahn-Aktien: Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 % 72 1/2 bez., Prior. 4 % 76 Gld., Litt. B. 3 1/2 % 72 Gld. Breslau-Schweidniz-Freib. 4 % 70 1/2 bez., Prior. 4 % 75 Gld. Niederschl.-Märk. 3 1/2 % 61 1/2 Br., Prior. 5 % 85 Gld., Ser. III. 79 Br. Dst.-Rhein. (Rdn-Minden) 3 1/2 % 65 1/2 Gld. Krakau-Oberschl. 4 % 30 Br. Friedrich-Wilh.-Nordbahn 4 % 32 1/2 u. 1/2 bez.

Coursbericht. Berlin, den 19. Juni.

Eisenbahn-Aktien: Rdn-Minden 3 1/2 % 66 Gld., Prior. 4 1/2 % 79 1/2 bez. Krakau-Oberschl. 4 % 30 Br. Niederschl. 3 1/2 % 61 1/2 zu machen, Prior. 5 % 85 bez. Ser. III. 78 Br. Oberschl. Litt. A. 3 1/2 % 71 1/2 — 71 bez., Litt. B. 3 1/2 % 71 1/2 — 71 bez. Rheinische 46 Gld. — Auktionsbögen: Nordbahn (Frd.-Wilh.) 4 % Anf. 33 Gld., Ende 32 1/2 Br. Posen-Stargard 52 1/2 Gld. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. 3 1/2 % 68 1/2 bez. u. Br. Seeh.-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 84 1/2 Br. Pos. Pfandbriefe 4 % 88 1/2 Gld., neue 3 1/2 % 74 1/2 bez. Friedrichs'or 113 1/2 bez. Louisd'or 113 1/2 u. 1/2 bez. Poln. Pfandbriefe alte 83 1/2 Gld., neue 83 1/2 Gld.

An der Börse war folgende (gewiß unbegründete) Nachricht angeschlagen: Prag, den 17. Juni. Die böhmische Partei hat einen vollständigen Sieg erröchten. Windischgrätz und Thun sind abgesetzt. Das Militär ist vollständig zurückgezogen. Die provisorische Regierung als beratende Behörde vom Wiener Ministerium bestätigt. Die Studenten in Prag verlangen Anerkennung der provisorischen Regierung als ordentliche und Einrichtung von Windischgrätz.

Redakteur: Nimbs.